

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungsaussagen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilweise) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 3. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das schweizerische Fabrikgesetz.

Zürich, 31. Juli.

Die schweizerischen Aufsichtsbeamten aller drei Kreise widmen in ihren kürzlich für 1903 und 1904 erschienenen Amtsberichten dem verstorbenen Fabrikinspektor Dr. Schuler pietätvolle und ehrende Worte der Erinnerung, einen längeren Nachruf insbesondere sein Nachfolger Dr. Wegmann, der 16 Jahre lang als Adjunkt dem Verstorbenen zur Seite stand und der daher reiche Gelegenheiten hatte, ihn als Beamten wie als Menschen näher kennen zu lernen. Dr. Wegmann erklärt es schließlich als sein eifriges Bestreben, den Weg zu gehen, den der Verstorbene vorgezeichnet hat.

Nach den Berichten hat in den letzten zwei Jahren in allen drei Kreisen eine industrielle Weiterentwicklung stattgefunden. Die Vermehrung der dem Fabrikgesetz unterstellten Betriebe ist auch auf das Vorgehen der Fabrikinspektoren zurückzuführen, nicht revidierungspflichtige Betriebe zu besuchen, um festzustellen, ob sie nicht unter das Fabrikgesetz gehören. So besuchte Dr. Wegmann über 100 solcher Betriebe, von denen mehr als die Hälfte dann dem Fabrikgesetz unterstellt wurden. Speziell in Bezug auf das Buchdruckergewerbe sagt er, daß es eine Menge kleiner Betriebe gibt, die nicht unter dem Fabrikgesetz stehen, die aber zum Teil die gleichen Arbeitsbedingungen einhalten wie die größeren. Doch ist die Fachpresse immer voll Klagen über die Schmutzkonzurrenz. In zunehmendem Maße trifft man die Sechsmaschine; es gibt Buchdruckereien, die auf einer fremden Maschine, ja sogar außer Landes, Satz herstellen lassen. Es ist übrigens überall die Tendenz deutlich erkennbar, durch immer vollkommenere, mehr und mehr automatisch arbeitende Maschinen, Leute zu ersparen. Eine Mühle, welche in der Woche 30 Waggons Getreide vermahlen kann, braucht zum Bedienen ihrer Maschinen nur noch 6 Mann; ein Gerber von Spezialitäten hat eine Maschine aufgestellt, welche die Arbeit am Baum von 2 bis 3 Mann thut, es ist ihm dadurch möglich gewesen, mehr zu produzieren mit weniger Leuten und der Fabrikaufsicht zu entgehen. Bereits gibt es Schiffschiffereien, welche das Einlegen der Böden in die Schiffe auf maschinellen Wege besorgen. In einer Fabrik mechanischer Spezialitäten bedienen 2 Mann 6 Automaten, die je nach Artikeln leisten, was sonst 10 bis 20 Mann. In Leinwandfabriken kommen neuartige Maschinen auf, von denen weg der Transport des Produkts in die Trockenstuben auf pneumatischem Wege erfolgt. Solcher Beispiele, sagt Dr. Wegmann, könnten noch viele angeführt werden. Eine größere Seidenweberei hat eine Neuerung eingeführt, wonach wie in England auf allen Webstühlen nur ein einziger Artikel hergestellt wird.

Auf der andern Seite werden noch öfters, namentlich in der Textilindustrie und hier wieder in den Spinnereien so alte Maschinen angetroffen, daß an eine erfolgreiche Konkurrenz mit den modernen Einrichtungen nicht zu denken ist. „Einzelne dieser alten Geschäfte halten sich auf der Höhe durch Herstellung ganz feiner Specialgarne, allein es wird immer schwieriger, Handspinner zu bekommen und so wird sich auch da über kurz oder lang geltend machen, was mir ein Zürcherischer Baumwollspinner sagte: Stillstand ist Rückschritt.“

Diese rückständigen Unternehmer, die aus lauter Habgier keine Ausgaben für die Anschaffung neuer Maschinen machen, sondern mit den alten ausgelassenen, für das alte Eisen reifen Maschinen fortzurufen, leben von der maßlosen Ausbeutung der Arbeiter und ziehen dann italienische Arbeitskräfte heran, wenn ihnen die einheimischen Arbeiter nicht mehr für die elenden Hungerlöhne die Arbeit verrichten. Diese rückständigen Elemente sind es auch in erster Linie mit, die sich dem fortschrittlichen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung entgegenstellen, die nach hohen Höhen schreien, damit sie vor der leistungsfähigen ausländischen Konkurrenz verschont bleiben und in ihrem alten Schlandrian verharren können. Geht es aber gar nicht mehr, dann sperren sie ihre Buden zu, werfen die Arbeiter beschäftigungslos und existenzlos auf die Straße und sie selbst sehen sich als reiche Rentiers zur Ruhe, dertweil die armen Arbeiter ihrem Schicksal überlassen.

In Bezug auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume, die Ventilation, Beleuchtung, Heizung, Reinigung usw. werden immer Fortschritte gemacht, namentlich mit der Vermehrung der neuen und vorschriftsmäßig erstellten Fabrikgebäude, allein trotzdem bestehen noch immer zahlreiche Mißstände aller Art. Als auffällige Erscheinung erwähnt Dr. Wegmann, daß die Arbeiter selbst auf schöne Räume und gute hygienische Einrichtungen durchaus nicht immer so großes Gewicht legen, wie man glauben möchte. „In erster Linie steht für sie der Verdienst, dann legen sie großen Wert auf gute Behandlung; erst in dritter Linie kommen Maßregeln zum Schutze von Gesundheit und Leben.“ So unnatürlich und unerklärlich ist diese Erscheinung nicht, sie erinnert vielmehr an das bekannte vollständige Sprichwort: „Was nützt ein schöner Keller, wenn nichts zum Essen darauf ist.“ Wenn der Arbeiter einen schlechten Lohn erhält, der auf keiner Seite lang und der nicht einmal die größte Not von ihm fernzuhalten vermag, so hat er keinen Sinn für etwas Besseres und Schöneres in seiner Umgebung, das er vielleicht eher als eine blutige Verhöhnung seines grauen Glucks empfindet. Mit den schönen Arbeitsräumen sollten eben auch immer entsprechend gute Arbeits- und Lohnverhältnisse, ebenso befriedigende Behandlung verbunden sein.

Recht interessante Mitteilungen werden wieder gemacht über die Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung. Unter dem Einflusse der Wirtschaftskrise wurde in der Verichtsperiode vielfach zum Zwecke der Produktionsbeschränkung die Arbeitszeit verkürzt, derselbe dadurch aber zunächst nicht erreicht. Es wurde während der 10stündigen Arbeitszeit soviel geleistet, wie vorher während der 11stündigen und es wurden daher tägliche

Arbeitszeitverkürzungen um 2 Stunden und noch mehr oder Reduktion der wöchentlichen Arbeitstage von 6 auf 5 $\frac{1}{2}$, oder 5 Tage vorgenommen. Für den Behauptungstag ist dadurch wirksame Propaganda gemacht worden, allein mit Recht verlangt Dr. Wegmann seine gesetzliche Festlegung, denn andernfalls wird er z. B. in der Stickerindustrie nur so lange eingehalten, als es konveniert. Bemerkenswert ist die neuerliche Feststellung der Unzumutbarkeit und Unergeblichkeit der Ueberzeitarbeit, die einfach zur Folge hat, daß während der normalen Arbeitszeit entsprechend weniger geleistet wird, mit der Ueberzeitarbeit also nicht mehr als ohne sie.

Erfreuliche Fortschritte machte die gängliche oder teilweise Freigabe des Sonnabend-Nachmittags von Mittags 12, 1, 3, 4 und 4 $\frac{1}{2}$ Uhr ab und zwar in den verschiedenen Industrien, so in Textil-, Maschinen-, Metall-, Uhrenfabriken usw.

Ueberstunden wurden zwar in der Verichtsperiode wieder in vielen Fällen bewilligt, aber immer mehr gehen die Behörden dazu über, die Bewilligungen nur für kürzere Frist zu erteilen, so daß bloß 4,5 Proz. derselben für eine mehr als einmonatige Dauer galten. Kritik wird geübt an der „geschäftlichen Konvenienz“, mit der oft die Ueberzeitarbeit begründet werden und die die Behörden anerkennen und es wird die Aufforderung bezüglich bestimmter Regeln durch die Bundesbehörden verlangt. Die städtische Fleischhaderie in St. Gallen, welche unter dem Fabrikgesetz steht, verlangt von ihren Kunden, welche das Fleisch erst so spät bringen, daß es nicht ohne Ueberstunden gehakt werden kann, eine Extrazahlung, wodurch sie die Herren Metzgermeister nach und nach an Ordnung gewöhnen wird.

Ueber den Vollzug des Fabrikgesetzes im allgemeinen verbreiten sich alle drei Verichte in ausführlicher Weise. Dr. Wegmann meint gegenüber den Klagen in der Presse über häufige Verletzungen des Fabrikgesetzes und schlechten Vollzug desselben durch die Behörden: „Eine Umschau und Vergleichung mit dem Vollzug anderer Gesetze würde höchst wahrscheinlich das Gegenteil darthun.“ Das könnte sehr wohl der Fall sein, ohne daß dadurch indessen jene Klagen entkräftet würden. Zugegeben wird aber von ihm, daß die Kenntnis des Fabrikgesetzes in allen Kreisen noch immer mangelhaft ist, bei den Arbeitern wie bei den Unternehmern und den Behörden. Am schlimmsten wirkt die Unkenntnis bei den Behörden, die doch die Beobachtung und Innehaltung des Fabrikgesetzes durch die Unternehmer kontrollieren sollen. Dr. Wegmann führt einige Musterreden zur Illustration dieser behördlichen Rückständigkeit an. Dazu gestellt sich dann auch noch der böse Wille, die dreiste Mißachtung des Gesetzes, um den Kapitalisten gefällig sein zu können. So bewilligte eine Behörde im Kanton Graubünden, der freilich auf sozialem Gebiete unsäglich tief steht, einem Fabrikanten in zahlreichen Fällen Sonntagsarbeit, wobei fast regelmäßig vom Sonnabend zum Montag in zwei 18stündigen Schichten gearbeitet wurde, ohne davon der Fabrikinspektion oder der vorgesetzten Behörde Mitteilung zu machen. Den Protest des Fabrikinspektors gegen diese fabrikgesetzfeindliche Praxis einer untergeordneten Behörde hatte die gleichwertige Kantonsregierung bis zum Schlusse der Verichtsperiode noch nicht einmal beantwortet.

Einige geradezu skandalöse Fälle werden auch aus der Gegend Pragis mitgeteilt. So wurde ein rücksichtsloser Ausbeuter, der Kinder bis über Mitternacht hinaus zur Arbeit zwang, zu einer Geldbuße von 10 Franken verurteilt. Die geschwindige Beschäftigung von Arbeitern an zahlreichen Sonntagen wurde mit 20 Franken „geahndet“. Die Inhaberin eines Damenkonfektionsgeschäftes in Bern, eine konsequente Verächterin des Gesetzes und deswegen schon vorbestraft, erhielt wegen neuerlicher Uebertretung des Fabrikgesetzes eine „Buße“ von 5 Fr. Ein Stickerfabrikant im Kanton Thurgau entzog sich mittels eines fiktiven Kaufvertrages zwei Jahre lang dem Fabrikgesetz, er kam mit 50 Fr. davon. Eine Bezirksbehörde ließ den Arbeiter, der durch den Arbeiterverein eine Beschwerde über geschwindige Nacht- und Sonntagsarbeit in der Maschinenfabrik, in der er arbeitete, hatte übermitteln lassen, durch einen Genarman von der Arbeit weg zur Einvernahme abholen. Die Beschwerde erwies sich als vollständig begründet, der Beschwerdeführer aber wurde entlassen. Der verächtliche Handlanger des Geldsacks, der dieses Vorgehen ausgeführt, erwiderte auf den Protest des Fabrikinspektors mit ungläublicher Frechheit: „Wenn die Arbeiterschaft Klage führen wollte, sollte sie auch den Mut haben, dafür einzustehen.“ Erfreulicherweise kann man nach Lage der Dinge sagen, daß solche behördliche Verhältnisse doch nur seltene Ausnahmen sind.

Fabrikinspektor Dr. Wegmann kommt zum Schlusse zu dem Wunsche, daß die Revision des Fabrikgesetzes bald in Angriff genommen werden möchte.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Schlacht bei Hattschang

scheint in vollem Gange zu sein. Die Japaner scheinen nicht eher nachlassen zu wollen, bis sieuropatkin zu der entscheidenden Schlacht genötigt haben. Sie dürfen auch dem russischen Oberkommandierenden unter keinen Umständen gestatten, der entscheidenden Schlacht auszuweichen und sich mit dem Gros seiner Armee nach Süden zurückziehen.

Die heute vorliegenden Nachrichten bezogen, daß schon die bisherigen Kämpfe recht erster Natur waren und möglicherweise den Anfang vom Ende der europatkinischen Herrlichkeiten bildeten. So meldet das „Neuerische Bureau“ aus Tokio vom 2. August:

General Kuroki hat nach zweitägigen Kämpfen die Russen am 1. August in zwei gesonderten Gefechten bei Jushuliku und Janguling (Zanselin-Way) geschlagen.

Ein Telegramm europatkin berichtet ferner, daß die russischen Verluste bei Janselin, wo Graf Keller fiel, 500 Tote und Verwundete betragen. General Wiberling, bisher Chef des 17. Corps, hat das Kommando Kellers übernommen.

Sehr bemerkenswert ist aber eine Depesche, die Oberst Gardite aus Pianjang vom 2. August dem „Berliner Tageblatt“ hat zugehen lassen. Sie lautet:

Pianjang, 2. August, 4 Uhr 18 Min. morgens.

Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß am 1. August den ganzen Tag über südlich der Stellung von Hattschang ein schwerer Kampf stattfand. Die Russen hatten große Verluste, die Japaner waren ihnen anscheinend an Streitkräften sehr überlegen.

Das Blatt bemerkt dazu mit Recht: „Wenn ein Telegramm in dieser Fassung von der russischen Censur durchgelassen wurde, so muß die Lage der Russen nach dem Gefecht noch schlimmer sein, als dieses Telegramm sie darstellen darf, und die Bezeichnung „Niederlage“ für das Ergebnis der Gefechte dürfte kaum ungerechtfertigt sein.“

Oberst Gaedke meldet ferner: Linsyan, 2. August, 4 Uhr 13 Minuten nachmittags. Am 31. Juli kam es östlich von Linsyan zu einem schweren Gefecht gegen Kuroki, das noch ohne Entscheidung ist. Die Russen haben ansehnliche Verluste zu verzeichnen. Verstärkungen sind unterwegs. Es geht das Gerücht, daß Großfürst Nikolai Nikolajewitsch eine neu zu bildende Armee übernehmen soll.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. August.

Die Zettelungen gegen das Reichstags-Wahlrecht. Die „Germania“ hat bisher nicht Gelegenheit gehabt, sich durch Herrn Dr. Spahn über die Parteiführer-Konferenz gegen das Reichstags-Wahlrecht erlauchten zu lassen. Wir erwarten jedoch, daß sie über diese wichtigste politische Angelegenheit bereits Erklärungen abgegeben hat und daß sie bald in der Lage sein wird, unsere Mitteilungen über die reaktionären Umtriebe zu bestätigen.

Daß die konservative Presse unsere Aufdeckung totzuschweigen versucht, ist nur allzu begreiflich. Sie hat das größte Interesse daran, daß die geheim gesponnenen Pläne geheim bleiben. Ist die Öffentlichkeit erst alarmiert, so ist das Unternehmen von Anfang an gefährdet.

Die „Frankfurter Zeitung“ erklärt heute, an diese Pläne gegen das Reichstags-Wahlrecht nicht glauben zu können. Sie schreibt:

„An die übrigen Pläne aber, in deren Mittelpunkt eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechts stehen würde, glauben wir nicht. Die mögen in den Köpfen mancher konservativer Parlamentarier und der Spezialisten für die Bekämpfung der Sozialdemokratie existieren. Das ist nichts Neues, und es ist auch begreiflich, daß diese nie die Hoffnung aufgeben, von einem nach Erledigung der Handelsverträge eintretenden parlamentarischen Gottesfrieden günstige Aussichten für ihre Wünsche erwarten. Das ist aber auch alles und die oben erwähnten Gerüchte sind nur Versuchsballoons und sollen Cleareudienste leisten. Die Reichsregierung hat sich bisher den mehrfach hervorgetretenen Absichten auf eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechts verweigert und nach unserer Ansicht über die Psychologie der dabei in Betracht kommenden Personen wird sie sich ihnen auch in nächster Zeit verweigern, wenn nicht irgendwelche besonderen Zwischenfälle eintreten, die plötzlich Stimmung für staatsretterische Projekte machen. Die Hauptsache aber ist, daß die jegliche Mehrheit des Reichstages, wenn nicht ganz unerwartete, alle bisherigen Anschauungen über den Haufen werfende Zwischenfälle sich ereignen, für eine Aenderung des Wahlrechts oder ähnliche Experimente nicht zu haben ist. Das Centrum wäre dazu unentbehrlich und diese Partei macht, wie die Dinge jetzt liegen, nicht mit.“

Die „Frankfurter Ztg.“ ist also nicht unterrichtet und hegt reichliches Vertrauen in die Reichsregierung. Nach der Haltung des Reichskanzler während der letzten Reichstags-Session und insbesondere nach seiner Stellungnahme zu den wahlrechtsfeindlichen Anforderungen der Herrenhändler Mirbach und Manteluff erscheint das Vertrauen der „Frankfurter Ztg.“ allzu reichlich bemessen. Unmöglich aber ist selbst das geringste Maß von Vertrauen für denjenigen, der die Thatsachen kennt, welche hinter den Coulissen gespielt haben und noch spielen.

Wir sind in der Lage, unsere bisherigen Ausführungen noch weiter zu vervollständigen. Der Plan, der unter den Parteiführern zur Erörterung gelangt ist, geht dahin, daß das Reichstags-Wahlrecht sehr bedeutend verschlechtert und andererseits das preussische Landtags-Wahlrecht ein wenig verbessert werden soll, so daß für beide Parlamente ein und dasselbe Wahlrecht besteht. Man hofft, durch Verbesserungen am preussischen Landtags-Wahlrecht die Opposition gegen die sehr erhebliche Verschlechterung beziehungsweise Beseitigung des bisherigen Reichstags-Wahlrechts abzuschwächen.

Die preussische Regierung steht diesen Verhandlungen nicht nur freundlich gegenüber, sie sind sogar unter ihrer Mitwirkung geführt worden.

Eine weitere Idee der Wahlrechtsfeinde geht dahin, daß, wenn es gelänge, für Reichstag und preussischen Landtag das gleichartige Wahlrecht einzuführen, dann allmählich auch in den übrigen deutschen Landtagen dasselbe Wahlrecht zur Geltung gebracht werden soll. Würde das geschehen, so könnte der alte Wunsch erfüllt werden, daß besondere Reichstags-Abgeordnete überhaupt in Wegfall kommen und der Reichstag aus Delegationen der einzelnen Landtage zusammengesetzt wird.

Es wird nunmehr Sache der gesamten deutschen Arbeiterschaft ohne Ansehen der politischen Richtung sein, die Augen offen zu halten und den im Dunkeln wühlenden Wahlrechtsministern ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. —

Deutsches Reich.

Königsberg und Attentat.

Zu den Karzeleiten, die das Attentat gegen Plehwe in einigen Deutschen Reaktionsblättern angedichtet hat, gehört auch die Behauptung, das Attentat sei durch die Vorgänge im Königsberger Prozeß veranlaßt worden. Wäre die Karzelei wahr, so dürfte sich die russische Gewalttätigkeit bei den bekümmerten Deutschen bedanken, die ihr den Königsberger Prozeß aufgeschuldet haben. Die Behauptung kann aber schon deshalb nur das Lachen reizen, weil der Königsberger Prozeß in Rußland selbst überhaupt keinerlei Wirkungen üben konnte! Und er konnte keine Wirkungen üben, weil die väterliche Censurkarte dafür gesorgt hat, daß dieser Prozeß in Rußland nicht existiert! Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ schrieb vor einigen Tagen:

„Gestern besuchte uns ein russischer Freund, der vor zwei Tagen von Kiev abgereist war. Als wir ihn fragten, welchen Eindruck der Königsberger Prozeß auf das russische Publikum gemacht habe, blinnte er uns risslos an. Er wußte gar nichts von dieser Gerichtsverhandlung, die in der ganzen zivilisierten Welt Aufsehen gemacht hat. Denn die russische Presse hat auf Befehl der Censur kein Wort über den Prozeß bringen dürfen. Er überflog in feierhafter Erregung die Blätter, die wir ihm vorlegten, und brach dann in zornige und schmerzliche Klagen aus: In dieser infamen Absperzung von dem Leben der Kulturländer, in dieser Kettenhaft der öffentlichen Meinung in Rußland zeige sich die ganze entwürdigende Barbarei des Zarenismus. Im Angesicht Europas sei das absolutistische Rußland verurteilt worden, aber nur die Russen dürften das nicht wissen.“

Zu Mitschuldigen an den Attentaten in Rußland machen sich in Wahrheit die deutschen Reaktionsblätter und die deutsche Regierung, indem sie alle Mittel aufwenden, um der verzweifeltend russischen Bevölkerung auch den Zutritt liberaler, sozialdemokratischer Schriften abzusperren. Die Verbreitung dieser Schriften in Rußland bietet noch die letzte Ablenkung der russischen Jugend vom Kerker. Diese Schriften entzünden die Hoffnung auf Herbeiführung besserer Zustände und verleben die Organisation der Arbeiterklasse; wird auch die letzte Hoffnung und jede Organisationsmöglichkeit durch deutsche Helfershelfer geraubt, dann bleibt die blutige That der letzte Schluß der Verzweiflung. —

Die Zusammensetzung der Strafkammer in Königsberg.

Vom Präsidium des Landgerichts zu Königsberg i. Pr. geht uns mit Bezug auf den Artikel unseres Blattes in Nr. 167 (Die Zusammensetzung der Strafkammer in Königsberg) folgende Verichtigung zu:

„In diesem Jahre sind beim Landgericht hieselbst drei Direktorenstellen zu besetzen gewesen. Diese Besetzung ist bis zum 1. Juni erfolgt. Eine Stelle ist dem bisherigen Staatsanwaltschaftsbeamten Schubert in Erfurt verliehen. Es ist ferner in derselben Zeit eine der drei Hilfsrichterstellen beim Landgericht eingezogen.“

Schließlich hat ein Wechsel infolge der Beförderung eines Landrichters zum Oberlandesgerichtsrat und infolge der Einberufung eines zweiten Landrichters als Hilfsarbeiter zum Oberlandesgericht eingetreten müssen.

Diese zahlreichen Personalveränderungen in kurzer Aufeinanderfolge begründeten verschiedene Veränderungen des ursprünglichen Geschäftsverteilungsplanes im Laufe des Geschäftsjahres, § 92 Abs. 2 G.-V.-G.

Bei der notwendigen anderweitigen Verteilung des Vorleses in den Kammern wurde dem Landgerichtsdirektor Schubert der Vorsitz der 1. Strafkammer übertragen. Als regelmäßiger Stellvertreter der Mitglieder derselben Kammer für den Fall ihrer Beförderung ist für die Dienstags-Sitzungen Gerichtsaffessor Seelmann geschäftsmäßig bestimmt.

Für die am Dienstag, den 12. Juli, begonnene Verhandlung contra Kovagrotzki u. Gen. mußte Gerichtsaffessor Seelmann einberufen werden, weil das ordentliche Mitglied der 1. Strafkammer, Landgerichtsrat Schimmelpfennig, wegen schwerer Halskrankheit vom 1. Juli 1904 ab beurlaubt worden ist und seine Vertretung mangels eines besonderen Hilfsrichters nur durch die geschäftsmäßig bestimmten Stellvertreter bewerkstelligt werden konnte.

Danach ist dießfalls geschäftsmäßig verfahren worden.

Königsberg, den 30. Juli 1904.

Das Präsidium des Königl. Landgerichts.

(Name unleserlich.)

Diese Verichtigung bestimmt lediglich unsere Notiz, die wir zum besseren Verständnis der Leser nochmals hier wiederholen:

„Der Vorsitzende der Königsberger Strafkammer für den Nuffen-Prozeß, Landgerichtsdirektor Schubert, ist erst seit dem 1. Juni 1904 in Königsberg. Vorher war er erster Staatsanwalt in Erfurt. Der Referent ist ein Hilfsrichter, Affessor Seelmann. Dieser Hilfsrichter ist für die andern Kammern durch folgende Präsidial-Verfügung für unabhöflich erklärt: „Für die Zeit vom 5. bis 11. August steht Gerichtsaffessor Seelmann, der voraussichtlich innerhalb dieser Zeit das Urteil in der Strafsache wider Kovagrotzki zu verfassen haben wird und deshalb unbeschäftigt bleiben muß, nicht zur Verfügung.“ Ob diese Zusammensetzung des Gerichts den gesetzlichen Vorschriften entspricht, möchten wir bezweifeln. Zur besseren Wahrung der Unabhängigkeit der Gerichte und zur Vermeidung der aus der Reaktionszeit der fünfziger Jahre bekannten Zusammensetzung der preussischen Gerichte in politischen Prozeßen nach dem Wunsch der Regierung durch eigens zu diesem Zwecke einberufene Hilfsrichter enthält das Gerichtsverfassungsgesetz einige, freilich durchaus unzureichende Vorschriften. So sollen vor Beginn des Geschäftsjahres die ständigen Mitglieder der einzelnen Kammern, sowie für den Fall ihrer Verhinderung die regelmäßigen Vertreter bestimmt werden. Die getroffene Anordnung darf im Laufe des Geschäftsjahres nur geändert werden, wenn dies wegen eingetretener Verhinderung einer Kammer oder infolge Wechsels oder dauernder Verhinderung einzelner Mitglieder des Gerichts erforderlich wird. Was sein, daß die formalen Voraussetzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes geschaffen und beobachtet sind.

Das bestimmt aber nicht das Auffällige der Erscheinung, daß gerade in dem viele Monate lang hingezogenen Prozesse, in dem falsche Citate, falsche Uebersetzungen von Gesetzen und eigentümliche Verhaltensweisen und so manches andre eine für die Justiz beschämende Rolle spielen, die Zusammensetzung des Gerichts von dem Grundsatze nach mehreren Richtungen hin abweicht, die der Gesetzgeber als im Interesse einer unabhängigen Rechtspflege dringend erforderlich gekennzeichnet hat: ein Gericht, das nicht aus im voraus für das Geschäftsjahr bestimmten, unabhängigen, fest angestellten, ständigen Richtern besteht, ist ein Ausnahmegericht.“

Ob gegenüber der Mitteilung des Präsidiums des Königl. Landgerichts in Königsberg eine durch die Revision mit Erfolg anfechtbare Zusammensetzung des Gerichtshofes vorliegt, wird durch das Reichsgericht entschieden werden.

Dreifachen Unfuss über die Stellung sozialdemokratischer Blätter zu der russischen Frage vertritt die „Deutsche Tageszeitung“. Sie beginnt ihren Leier über „Rußland nach der Ermordung Plehwe's“ also:

„Was soll nun werden? Diese Frage wird jetzt auf allen Seiten gestellt. Die Revolutionäre aller Schattierungen, insbesondere unsere sozialdemokratischen Blätter, sind schon längst mit der Antwort fertig: Es wird weiter gemordet, bis der Umsturz da ist. Denn ein schrittweises Reformieren, das die russischen Zustände wohl bessert, aber

eben darum die Unzufriedenheit mildert und den Umsturz aufhalten kann, dürfen wir nicht dulden. Das ganze System muß weg!“

Die „Deutsche Tageszeitung“ deht die ebenso dumme wie dennoch gemeingefährliche Lüge auf Rußland aus, daß die Sozialdemokratie Reformen nicht will, weil sie angeblich den Zusammenbruch aller Dinge aufhalten können. In Wahrheit will stets das reaktionäre Volkchen der „Deutschen Tageszeitung“ durch solche blödsinnige Unterstellung von Reformen abbrechen. Dabei hätte das Blatt wenn nicht früher, so aus dem Königsberger Prozeß lernen können, daß selbst die russischen Vertreter des Terror erklären, diese ihre fürstbare Politik sofort aufgeben zu wollen, sobald nur in Rußland die geringste Möglichkeit geistlicher Verhätigung geschaffen werde.

Rußlandstarke. Der durch die Dürre des letzten Monats in verschiedenen deutschen Gegenden, besonders in Schlesien, hervorgerufene schlechte Saatstand bietet den Großagrarier wieder mal einen willkommenen Anlaß, allerlei Ansprüche auf Liebesgaben an den Staat zu stellen. In breiterster Uebertreibung und Verallgemeinerung einzelner lokaler Verhältnisse sucht ein Teil der konservativen Presse den Anschein zu erwecken, als sei in Schlesien ein allgemeiner landwirtschaftlicher Notstand vorhanden, der ein schnelles und gründliches Eingreifen des Staates erfordert. Selbst manchem der schlesischen Großgrundbesitzer wird, wie verschiedene Zuschriften an die „Schlesische Volks-Zeitung“ beweisen, dieses Treiben zu hant. So heißt es z. B. in einem Briefe des Reichstags-Abgeordneten Grafen Hans Prasanna: „Alles in allem sieht es recht trübe aus, besonders wenn die Kartoffeln sich nicht noch erholen sollten, aber von einem großen, noch nie dagewesenen Notstand kann man doch nicht sprechen. Vor allem ist meines Erachtens das viele Gesehrei mindestens zwecklos. Was soll insbesondere das Aufen nach Staatshilfe, und was sollen wir alles in der Welt die Herren Minister? Ein Vergleich mit dem Vorjahre ist doch gar nicht angebracht, damals waren wir einzelne, aber diese meist viel intensiver geschädigt. . . . Zu einer solchen außerordentlichen Maßregel liegt wirklich noch kein Grund vor, und wie soll der Staat und vor allem die Kommunen denn ihre Bedürfnisse befriedigen? Oder sollen die Steuern nur gestundet werden, um dann in einem andern Jahre doppelt erhoben und vielleicht noch bedrückender empfunden zu werden?“

Thatsächlich hat das Gesehrei der Agrarier auch bereits einen gewissen Erfolg gehabt, wenn auch nicht den von ihnen in ihrer Bescheidenheit erhofften: die Eisenbahn-Verwaltung hat die schlesischen Frachttarife für Futtermittel um 50 Proz. ermäßigt. Dieses schöne Resultat hat jedoch wieder die Vorgehensweise der nach Schlesien Waren verschickenden Händler und Industriellen aufgeschreckt. Sie verlangen Wahrung der Parität. Unter der Begründung, daß die Dürre den Schiffahrtsverkehr auf der Oder lahm gelegt habe, fordern sie für ihre Sendungen gleichfalls die Einführung sogenannter Notstands-Frachttarife. Dieses Ansinnen scheint der preussischen Eisenbahn-Verwaltung aber denn doch allzu stark Tabak gewesen zu sein. In einer anscheinend aus dem Eisenbahnministerium stammenden Notiz weisen die „Berliner Politische Nachrichten“ solche Ansprüche energisch zurück.

„Daß ein Bedürfnis zur Ermäßigung der Frachttarife für Schlesien anzuerkennen ist,“ schreibt das Schweinburgische Blatt, „hat die Eisenbahnverwaltung durch die Gewährung einer Frachtermäßigung von 50 Proz. für solche Güter ohne weiteres durch die That bekräftigt. Es kann auch diskutabel sein, ob aus demselben Grunde nicht noch einige weitere Frachtermäßigungen insbesondere für Samen von Futtergewächsen in Ermäßigung zu ziehen sein werden. Um so entschiedener aber muß den Gedanken entgegengetreten werden, daß sei es in Bezug auf den Verkehr gewisser Landestheile oder überhaupt mit Rücksicht auf die Behinderung der Binnen-Schiffahrt niedrige Notstandstarife einzuführen sein würden. Geht man doch in den Anforderungen an die Eisenbahnverwaltung soweit, zu verlangen, daß sie durch die Herabsetzung ihrer Gütertarife den Verkehrern von sonst auf dem Wasserwege beförderten Gütern einen Ausgleich dafür biete, daß sie sich jetzt dieses billigen Verkehrsmittels nicht bedienen können. Solche Ansprüche sind völlig unberechtigt und werden auf Berücksichtigung seitens der Staatsbahnverwaltung niemals rechnen können. Der Kaufmann muß die Verluste wie die Gewinnchancen seines Geschäfts in Rechnung stellen. Er kann vom Staate nicht verlangen, daß während er die ersten doll für sich ausnützt, er für die letzteren auf Kosten der Steuerzahler schadlos gehalten werde.“

Ausnahmsweise können wir in diesem Falle den „Vol. Nachr.“ zustimmen. Der Kaufmann oder Industrielle, der nach jenen Gegenden Waren liefert, hat nicht das Recht zu verlangen, daß ihm zur Erhöhung seines Profits auf Kosten der Steuerzahler Frachttarife gewährt werden, welche die Kosten der Eisenbahnverwaltung nicht decken. Anders denkt indes die „Köfische Zeitung“, die sonst so schön die Lehre vom freien Wettbewerb der wirtschaftlichen Kräfte und von der Nichtmischung des Staates in das Wirtschaftsleben zu verkünden weiß. Hier, wo es sich um nonnuzerliche Profitinteressen handelt, geht ihr sofort die Logik flöhen. „Man sollte meinen“, erklärt sie, „auch der Landwirt habe zu kalkulieren, indem er die Verluste und Gewinnchancen seines Geschäfts“ in Rechnung stellt. Bisher ist sich alle Welt darüber einig gewesen, daß die Elemente der Natur außer jeder Kalkulation stehen. Fordert die tropische Hitze dieses Sommers, daß der Landwirtschaft geholfen werde — und wirres Erachten muß der Staat für sie eintreten — so ist auch dem Handel und der Industrie zu helfen. Man muß das eine thun und kann das andre nicht lassen. So fordert es die Billigkeit, wenn agrarisch nicht Trümpf ist.“

Eine echt liberale Logik. Wenn jemand durch Naturgewalten in seinem Verdienst oder Gewinn geschädigt wird, hat ihn der Staat für seinen Verlust zu entschädigen. Eine Folge der Anerkennung dieser Weisheit wäre zum Beispiel, daß auch der Needer, der im Sturm ein Schiff verliert, oder der Rahmschiffer, der wegen niedrigen Wasserstandes nicht fahren kann, vom Staat Entschädigungen erhalten müßte, denn Wasser und Wind sind doch auch wohl nach liberal-fortschrittlicher Anschauung „Elemente der Natur“. Wir meinen, daß bei der Beurteilung weber in Frage kommt, ob Naturgewalten im Spiele sind, noch ob jemand unbeschuldigt Profitsverluste erleidet, sondern unter den heutigen privatwirtschaftlichen Verhältnissen lediglich, inwieweit eine Entschädigung im Volksinteresse liegt und inwieweit sie zur Aufrechterhaltung des nationalen Wirtschaftsgebietes nötig ist. —

Erbliche „Vollortreiter“. Wie aus Königsberg gemeldet wird, ist der Majoratsbesitzer Graf Hugo v. Rehsiering, Graf zu Rautenburg, Mitglied des preussischen Herrenhauses, in Sellegg (Südthür) gestorben. Nach dem Tode seines Vaters trat er im Januar 1886 als erbliches Mitglied in das Herrenhaus ein und wurde im folgenden Jahre zum königlichen Kammerherrn ernannt. Das erbliche Recht seiner Familie auf Sitz und Stimme im Herrenhaus ist an den Veih der Grafschaft Rautenburg in Ostpreußen geknüpft und geht jetzt auf seinen ältesten Sohn, den Grafen Heinrich-Christian, Lieutenant der Reserve des 2. Garde-Ulanen-Regiments, über.

Der die Grafschaft Rautenburg ererbt, hat das Recht, Zeit seines Lebens preussischer Gesehgeber zu sein. Die Frage der Befähigung ist unerläßt; sie ist durch den Erbseß hinreichend garantiert. —

Zur Bekämpfung des Betriebes unächtiger Schriften haben zwischen Vertretern des Justizministers und des Ministers des Innern Verhandlungen stattgefunden über die auf nachdrückliche Verlangung der Zwangsverhandlungen gegen § 184 Nr. 1 des Strafgesetzbuches bezüglichen Fragen. (Der unächtiger Schriften, Abbildungen etc. feilhält, verkauft, verleiht. . .) Dabei ist Einverständnis darüber erzielt worden: a) daß die Staatsanwaltschaft es sich auch ferner angelegen sein lassen solle, auf eine möglichst strenge Bekämpfung der Händler mit unächtigen Schriften usw. und namentlich auch in den geeigneten Fällen neben der Verhängung höher Freiheitsstrafen auf die Verurteilung zu den zulässigen Nebenstrafen hinzuwirken; b) daß insbesondere auch auf eine strenge Bekämpfung der Verleger hingewirkt, und c) daß auf eine schleunige Denkschriftung

der Händler von der Beschlagnahme unächtiger Schriften usw. Bedacht genommen werden müsse, um ihnen den Einwand zu entziehen, daß sie von dem unächtigen Charakter der Schriften keine Kenntnis gehabt hätten. Die Behörden haben Weisung in diesem Sinne erhalten. —

Der Königsberger Oberbürgermeister Körte gehört nach einer Mitteilung der „D. Fr. Pr.“ nicht der freisinnigen Volkspartei an, sondern ist „rechtsliberal“. Die sachliche Kritik unserer Notiz wird dadurch nicht geändert. —

Agrarische „Unsitte“. Ein vernichtendes Urteil über die Habgierigkeit der Agrarier fällt vor der Strafkammer in Halle der Departements-Vierarz Dr. Felisch-Merseburg. Angeklagt war ein Fleischermeister Heiler, der eine total kranke, an einer jauchigsten Wundsehlentzündung leidende Kuh von einem Landwirte gekauft und dann an einen Fleischermeister als vollwertiges Fleisch weiterverkauft hatte. Dr. Felisch sagte: „Bei den Landwirten besteht leider Gottes die Unsitte, daß sie solch krankes Vieh, anstatt es der Abbederei zu überweisen, an Fleischermeister und deren Helfershelfer verkaufen. Die Landwirte thun dies, um ein paar Mark mehr für das kranke Vieh herauszuschlagen; sie wollen noch daran verdienen.“ Der jauchere Fleischermeister, der das Vieh als „Gundefutter“ gekauft hatte, wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Halle a. S., 2. August. Graf Nikolaus Bähler, Major a. D. der achten Kavalleriebrigade, wurde vom Kriegsgericht wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuches und wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt mit 6 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung bestraft. —

München, 2. August. Die durch zahlreiche Blätter gegangene Nachricht, der Abgeordnete v. Bollmar habe im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer den Antrag gestellt, dem Kammerpräsidenten Dr. v. Orterer eine monatliche Repräsentationszulage bis zu 1000 M. zu bewilligen, ist nach der „Münchener Post“ darauf zurückzuführen, daß allerdings bei Beratung des Landtagsbetats von den Repräsentationsausgaben des Präsidenten gesprochen wurde, der diese, obwohl er keine Diäten erhalte, aus eigener Tasche zahlen müsse, und daß auch Bollmar darauf hingewiesen hat, daß in Sachsen der Präsident bis zu 1000 M. Repräsentationsentschädigung für die Session bezieht. Von einem Antrag war indes keine Rede. —

Zur Auslieferung des Lieutenants Wessel.

Die in Genoa erfolgte Auslieferung des Lieutenants Wessel seitens der italienischen Regierung erregt in Italien großes Aufsehen. In Deutschland ist man über den Fall sehr im dunkeln und es mangelt die Kenntnis der Thatsachen zu seiner Beurteilung.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der sozialistische Abgeordnete Vissolati beabsichtigt, in der italienischen Deputiertenkammer eine Interpellation über die Auslieferung einzubringen, und wir geben die folgenden Mitteilungen unseres römischen Korrespondenten wieder, die geeignet sind, einigermaßen Klarheit zu gewinnen. Er schreibt: „Den telegraphischen Nachrichten über die am 23. Juli erfolgte Auslieferung des Lieutenants Wessel ist noch nachzutragen, daß diese Auslieferung unter einem jammervollen Wortwandel bewilligt wurde. Lieutenant Wessel ist bekanntlich in die Affäre Drehschmid verwickelt und hat vor allem die große Schuld, vieles zu wissen, was er nicht ausplaudern sollte. Vergebens hat Deutschland von Belgien, vergebens von Frankreich die Auslieferung gefordert. Nun giebt sich Italien dazu her, nachdem es Wessel mit Spitzeln nach San Remo gesockt und 14 Monate widerrechtlich in Untersuchungshaft gehalten hat.“

Bekanntlich besteht kein Auslieferungsvertrag für Hochverratsverbrecher zwischen Deutschland und Italien. Aber „gefällig“ wollte man dem Bundesgenossen doch sein. Und so erfolgte die Auslieferung wegen vier angeblicher in Belgien begangener Vergehen: 1. Unterschlagung von 370 Frank zum Schaden eines gewissen Veder; 2. Urkundenfälschung (1899); 3. zwei andre Urkundenfälschungen mit Verzug (1899) für einen Betrag von 650 Lire im Jahre 1899.

Für diese Verbrechen liegt weder ein Antrag des belgischen Staatsanwalts noch eine Privatklage vor. Der „gewisse Veder“ ist tot!

Die deutsche Regierung hat sich der italienischen verpflichtet, nur wegen dieser vier Verbrechen gegen Wessel vorzugehen und die 14 Monate Untersuchungshaft anzurechnen.

Wessel sagte, als er von der bewilligten Auslieferung hörte, er werde nunmehr in Gefängnis verkaufen. Soll er recht behalten? —

Ausland.

Jüdische Auswanderer über Plehwe's Ende.

Ein mit den russischen Verhältnissen sehr vertrauter Mitarbeiter unseres Bruderorgans „Social-Demokraten“ in Kristiania bogab sich gleich, nachdem die Nachricht vom Tode Plehwe's eingetroffen war, nach dem gerade im Hafen liegenden Auswandererdampfer „United States“, der ungefähr 300 russisch-jüdische Auswanderer an Bord hatte, um zu erfahren, wie diese Leute die Reingkeit aufnehmen würden.

„Hört, was der Mann erzählt! v. Plehwe ist getötet!“ ging es von Mund zu Mund. „Ist das wahr?“ „Wie geschah es?“ „Was es ein Student, der die Bombe warf?“ „Das war brav!“ „Das hätte man schon lange thun sollen. Plehwe war es ja, der an den Judenverfolgungen schuld war. Er war ja Rußlands böser Geist.“ „Ein schlimmerer Mann, als Plehwe, ist schwerlich zu finden.“ „Er ging also denselben Weg, wie Sibirjagin und Bobriloff?“ „Wann kommt die Reihe an Kruschewan?“ (Er ist der Herausgeber des Blattes in Kischinew, das öffentlich Propaganda für Judenverfolgungen über ganz Rußland gemacht hat.) Mittlerweile strömten immer mehr Auswanderer, zum großen Teil Juden, herzu. Ein junger Jude rief wiederholt: „Das war prächtig, das war gut!“ Ein älterer erklärte: „Hier auf dem Dampfer ist keiner, der über Plehwe's Tod trauert.“ Der Journalist suchte nun den Grund für diese Stimmung aus dem Munde der Auswanderer zu erfahren und vernahm dann, daß es hauptsächlich die Judenverfolgungen waren, die Plehwe so verhaßt gemacht hatten. „Sind es wirklich die Wauern und Russen, die an den Judenverfolgungen schuld sind?“ fragte er. „Nein“, lautete die Antwort von allen Seiten. „Es ist die Polizei, es war Plehwe, der die Wauern aufgewiegelt hat. In den Städten unter den Arbeitern ist die Stimmung eine andre. Es ist die Polizei, Redakteure wie Kruschewan und Stribenten wie der Schurke Menschilow von der „Kowoje Dremja“, der Verbreiter von allen möglichen bösen Gerüchten über die Juden. Wir sollen den Japanern mit Geld helfen, ihnen zwei Kreuzer, Kischinew und Gomel“, gebaut und geschenkt haben, wir sollen Christentünder getötet und ihr Blut getrunken haben. Und Plehwe hat keinen Vorwurf gegen diese Agitation.“

„Aber wibt Ihr“, mischte sich nun ein alter Jude ins Gespräch, „wibt Ihr, was für ein Bild man neulich daheim am Thor bei ihm selbst angelebt fand?“ „Bei ihm selbst“, fragte ich (der Journalist) verbumdert. „Nun ja, bei ihm selbst, Sie verstehen mich doch?“ „Nun verstand ich. „Nun ja, das Bild stellte ihn selbst vor, Arm in Arm mit einem alten Juden. Unter dem Wibe stand: „Komu Vater! Dich jagt man aus der Maudschurei und mich jagt man aus Rußland; laß uns da zusammen auswandern nach dem freien Land.““

„Als ich das Schiff verließ“, sagt „Social-Demokraten“ Mitarbeiter am Schluß seines Artikels, „war ich noch mehr überzeugt davon, daß Rußland nun am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts ganz anders aussieht als in den achtziger Jahren. Damals war Plehwe nur bei einer verhältnismäßig kleinen Gruppe intelligenter Menschen verhaßt; nun aber konnte ich unter 300 jüdischen Russen nicht eine einzige Stimme hören, die mit dem geübten russischen Minister des Innern sympathisierte. Nicht nur so weiter, Ihr Rußlands Tyrannen und Mittel, und Ihr Wunt überzeugt sein, daß die Zeit bald erfüllt sein wird.“ —

Ein Kongress russischer Revolutionäre?

Der 'Frankf. Ztg.' geht aus Genf die folgende, nur mit größter Kritik aufzunehmende Nachricht zu:

Ueber einen in größtem Geheimnis abgehaltenen Kongress russischer Terroristen wird folgendes berichtet: Am 23. Juli bemerkte die hiesige Polizei das geheimnisvolle Treiben eines Fremden. Dieser wurde beständig beobachtet, da er nicht im Hotel abgestiegen war. Am nächsten Tage begab sich dieser zum Chef des Polizeidepartements, und beklagte sich, daß er beständig von der genferischen Polizei verfolgt werde. Er selbst, erklärte der Fremde, sei ein russischer Geheimpolitiker und befinde sich in Genf, um einen Kongress russischer Revolutionäre zu überwachen. Dieser Kongress werde aber nicht in der Stadt Genf oder deren Umgebung stattfinden, sondern in dem ca. 14 Kilometer von Genf entfernten sabonischen Dörfchen Chens. Chens ist einige Minuten von dem genferischen Dorfe Hermance entfernt, wo sich die Villa eines russischen Abblisten befindet. (Schon der Ausdruck 'Abblisten' deutet auf russische Polizeimache. Red. d. 'Vorw.') Man gab dem russischen Politiker zu verstehen, daß er hier nichts zu thun habe und daß die genferische Polizei ihren Pflichten ohne fremde Einmischung nachkommen könne. Seitdem ist der russische Spion verschwunden. Aus den weiter distret gemachten Nachforschungen ergab sich, daß wirklich in dem Dorfe Chens vom 24. bis 29. Juli ein von ca. 50 bis 60 russischen Terroristen besuchter Kongress stattfand. Nur wenige Teilnehmer kamen von Genf. Die meisten der Kongreßteilnehmer kamen per Bahn von Paris aus. Andre von Rußland oder Deutschland Bekommene stiegen an den schweizerischen Stationen des Genfersees aus und ließen sich abends durch Motorboote nach Chens bringen. Die Verhandlungen zogen fünf Tage und Nächte gedauert haben. Sie wurden plötzlich abgebrochen, als von Genf aus die Nachricht über den Tod Plehows eintraf. So viel man über die Beschlüsse erfahren konnte, sollen verschiedene revolutionäre Auftritte in ganz Rußland verbreitet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. August. (B. Z. B.) Aus Anlaß des Ausstandes der Passfuhrwerler-Kutscher kam es heute abend im Bezirk Ottalcing zu großen Ausschreitungen. Die Sicherheitswache, welche eine Verhaftung vornehmen wollte, wurde mit Steinen beworfen, wodurch ein Polizei-Inspektor am Kopfe schwer verletzt wurde. Dieser zog den Säbel und verwundete mehrere Personen. Die inzwischen stark angewachsene Menge schleuderte fortgesetzt Steine auf die Wachmannschaften, von denen mehrere verwundet wurden. Da die Menge hierauf eine drohende Haltung annahm, wurden Giftpistolen herbeigerufen, welche nach der Verhaftung von dreißig Personen die Menge zerstreuten. Später wiederholten sich vor der Wachtstube die Ausschreitungen, doch wurde nach kurzer Zeit die Ruhe wieder hergestellt.

Frankreich.

Begünstigung der Generalstabsfalscher. — Zum Fall Régrier.

Paris, 1. August. (Fig. Ver.) Die alles heiligende Armee-Ehre kann auch unter Combes und unter dem schrecklichen 'Dreihüßigen' General André schöne Triumphe feiern, selbst im Machtbereich der kriegsministeriellen Exekutivgewalt. Das ist die Bedeutung der Freilassung der vier Generalstabsfalscher, Dauriche und Komforten, aus der Untersuchungsanstalt.

Die sonst unbewegliche Vorherrschaft der Untersuchungsanstalt in militärgerichtlichen Prozessen wurde zu Gunsten der Generalstabsfalscher gebogen, wie in den Glanzzeiten der Feuch, du Paty de Clam und Esterhazy. Nur daß die nationalistische Presse und die nationalistischen Verteidiger der vier Offiziere diesmal mehr Zeit, mehr Anstrengungen und mehr Intriguen gebraucht haben, um ihren Willen durchzusetzen. Die Freilassung wurde verfügt vom Pariser Militärgouverneur, General Deffriery, dessen Ernennung durch Kriegsminister André seiner Zeit scharfe Proteste der ministeriellen Presse hervorgerufen hat. Zum Schaden der Spott. Die nationalistischen Blätter plaudern schadenfroh aus, daß der Militärgouverneur die Abwesenheit des Kriegsministers bemerkt hätte, um den 'lecken Streich' (coup de tôte) zu begehen. Der militärische Untersuchungsrichter aber, Hauptmann Casel, der sich durch die gewissenhafte Leitung der Untersuchung nationalistische Verleumdungen gezogen, mußte auf die Dauer dem Druck des Militärgouverneurs nachgeben.

Die Untersuchung dauert fort. Aber die freigelassenen Angeklagten haben nunmehr die leichte Möglichkeit, ihre Aussagen zu einem harmonischen Lügengerübel in gemeinsamer Verständigung abzurufen. Bisher ging das nicht so glatt, obwohl die nationalistischen Verteidiger parteipolitisch eifrige Vermittler zwischen den Angeklagten waren.

Noch eins. Die ausnahmsweise, partielle Begünstigung der Generalstabsfalscher ist, desto weniger gerechtfertigt als sie bis zuletzt auf ihren Lügnerischen, durch alle ermittelten Tatsachen widerlegten Aussagen verharren. Ihre höherstehenden Hintermänner müssen ihnen wirksamen Schutz versprochen haben. Ihre Freilassung ist gewiß die erste Erfüllung dieses Versprechens. Jetzt darf die Armee-Ehre felsenfest auf die Schweigensamkeit der schwebelernen Werkzeuge bauen.

Der Fall Régrier ist vom Ministerium offenbar um des lieben Friedens willen betuscht worden. Die bestinformierten und treuesten Regierungsblätter hatten die rebellische Demission des Generals an die große Glocke gehängt. Kaum war das geschehen, als die Regierung halbamtlich die Demission dementierte: General Régrier, so hieß es nun, hätte lediglich psychiatrisch auf gewisse Missethäter der Grenzverteidigung aufmerksam gemacht, welche die Regierung auch abzustellen bereit wäre. Alles löst sich in einem Idyll auf. Aber die bestinformierten und treuesten Regierungsblätter glauben daran nicht. Die 'Humanität' bleibt im wesentlichen bei ihrer ersten Enthüllung und spricht mißmutig von einem 'ärgernden Geheimnis'.

Die Generalratswahlen.

Paris, 2. August. Das Endergebnis der Generalratswahlen ergab einen Gewinn von 103 Sitzen für die Kandidaten der Regierung, während sie 40 Sitze verloren hat. Die regierungsfeindlichen Blätter geben ihrer Freude über den Ausfall der Generalratswahlen Ausdruck und sehen in dem Ergebnis dieser Wahlen einen Beweis dafür, daß das Land die Haltung des Ministeriums gegenüber dem Vatikan billigt. Die oppositionellen Blätter erlernen an, daß die amtlichen Wahlstatistiken wahrheitsgetreu sind, meinen aber, der Sieg des Ministeriums sei eigentlich doch nur schwach.

Zur Angelegenheit des Generals Régrier behauptet 'Gaulois', in den Provinzialmagazinen von Verdun sei eine große Menge Wäfschen mit verdorbenen Konserven aufgefunden worden. Auch seien in den Proviantmagazinen an der Ostgrenze die für den China-Feldzug entnommenen Vorräte an Lebensmittel und Munition noch nicht ergänzt worden. Schließlich behauptet das Blatt noch, ein Panzerturm in dem Fort Frouard befinde sich in ganz vernachlässigtem Zustande.

England.

London, 1. August. Unterhaus. (Schluß.) Premierminister Balfour tritt der Erklärung Lytteltons bei und erklärt, seine Ansichten über die Zollpolitik seien unverändert. Der Ministerpräsident drückt weiter seine Sympathie mit dem Ideal Chamberlains aus, berührt aber nicht die von diesem angeregte Einberufung einer Konferenz von Vertretern der Kolonien. Das Tadelvotum Campbell-Panterns wird schließlich mit 288 gegen 210 Stimmen abgelehnt.

Rußland.

Die Freilassung des Senators Schanman.

Viele Kaiserliche hat der nahezu 60jährige Vater des finnischen Attentäters auf Wobrisoff erduldet. Verhöre, Hausdurchsuchungen, beständige polizeiliche Überwachung. Ganz in unmittelbarer Nähe seiner Sommerwohnung ließen sich die Polizeibeamten häuslich nieder und am 28. Juni wurde er verhaftet und nach dem Polizeigefängnis in

Helsingfors geführt, wo er in den ersten Tagen keinerlei Besuch empfangen durfte. Erst nach Verlauf von 10 Tagen erhielt seine Frau Zutritt, danach erst wieder nach 8 Tagen. Verlässliche Hilfe wurde dem Kranken, durch die Ereignisse und Verfolgungen schwer mitgenommenen Mann zunächst verweigert; auf jeden Fall sollte es ein russischer und kein finnischer Arzt sein. Endlich wurde ihm Freilassung versprochen, wenn er zwei Personen als Bürgen stellen könnte. Dies lehnte Schanman ab und erklärte, daß sein Ehrenwort, Finnland nicht verlassen zu wollen, den Behörden genügen müsse. Unter dieser Bedingung wurde er nach vier Wochen Gefangenschaft dann doch freigelassen.

Eine solche Behandlung wurde einem Manne zu teil, der 40 Jahre lang in Rußland und Finnland dem Jaren treu gedient hat in hervorragenden Stellungen: als Divisionsstabschef, als finnischer vortragender Rat beim Kriegsminister, als Stabschef für das finnische Militär beim Generalgouverneur, als Gouverneur und schließlich als Senator.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Seit einigen Wochen mehren sich die Zeichen des Fortschreitens der sozialistischen Propaganda. Seit dem 15. Juli haben allein vier große Straßendemonstrationen stattgefunden. Die Manifestanten zogen jedesmal unter dem Gesang der 'Roten Standarte' und 'Rufen: 'Nieder mit dem Zarismus!' 'Hoch das unabhängige sozialistische Polen!' durch die Stadt — in ihrer Mitte zwei große rote Standarten, die eine mit den Buchstaben P. P. S. (Polnische Sozialistische Partei), die andre mit der Aufschrift: 'Hoch der Sozialismus!' Am 25. Juli fanden zwei Demonstrationen statt — die eine davon in den Straßen der inneren Stadt. Am 22. Juli nahmen etwa 3000 bis 4000 Personen an der Kundgebung teil. Die Demonstration begann mit einer riesigen Volksversammlung auf der Straße. Ein Genosse hielt eine kurze Ansprache, worauf die Manifestanten unter Abkündigung des polnischen Arbeiterliedes weiter zogen.

Zum Lande tauchen die Nachrichten über die Mobilisation des V. Corps, das in Polen stationiert ist, immer öfter auf. Die Regierung wolle dadurch das revolutionäre Arbeiterelement aus der Heimat ziehen und auch den besorgten Hungerrevolten vorbeugen. Die Arbeitslosigkeit und die Not im ganzen Lande wachsen ständig und lassen das allerschlimmste befürchten.

Aus Industrie und Handel.

Zur Hibernia-Affaire. Der Vorstand und Aufsichtsrat der Hibernia veröffentlicht im Anzeigenteil verschiedener Börsen- und Handelsblätter eine Art Begründung ihres bereits in gestriger Nummer mitgeteilten Beschlusses, die Verstaatlichungs-offerte der preussischen Regierung abzulehnen. Von dem energischen Widerstand der Verwaltung gegen jegliche Verstaatlichung, von der dieser Tage einige Börsenblätter zu erzählen wußten, ist in dieser Motivierung ebenso wenig zu merken, wie von den sogenannten 'prinzipiellen vollswirtschaftlichen Bedenken'. Die Ablehnung wird einfach damit begründet, daß den Herren von der Verwaltung das Angebot der Regierung zu niedrig erscheint. Wörtlich heißt es in der Erklärung:

„Gegenüber dem Angebot ist zu bemerken, daß nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre die Dividende unserer Gesellschaft etwa 11 Proz. betrug, und daß ihre Geselligkeit, starke Abschreibungen und Rückstellungen vorzunehmen, dem Bestreben entsprach, mehr noch für zukünftige als gegenwärtige Erträge zu sorgen. Wir haben umfangreiche Erwerbungen von Zechen, Kohlenfeldern, Augen und Kontingenzen vorgenommen in dem Bewußtsein, daß diese Besitztümer die derzeitigen Ergebnisse noch erheblich belasten, aber in der Erwartung, daß sie, nutzbar gemacht, die Gesellschaft zu steigenden Einnahmen führen werden. In diesem Sinne hat der Akt ein für seine Zwecke günstigen Zeitpunkt gewählt, um so mehr, als in der gegenwärtigen Situation der Kohlenindustrie die Entwicklung, welche aus der Syndikatsverlängerung erwartet werden darf, noch nicht begonnen hat.“

Die vom Staate angebotene Rente gewährt uns für die Aufgabe unserer Zukunftsaussichten keine Gegenleistung.“

Bei der Bescheidenheit der Herren ist es durchaus begreiflich, daß ihnen der hohe Kaufpreis, den die Regierung bietet, noch immer nicht hoch genug dünkt. Warum sollte man auch nicht versuchen, noch etwas mehr herauszuschlagen? Aber dennoch ist die angebotene Unzulänglichkeit der Rente nur ein Vorwand. Der Widerstand gegen die Verstaatlichungs-offerte geht von einigen Großindustriellen des Rheinlands und den mit ihnen kooperierten Bankinstituten, vornehmlich der Berliner Handelsgesellschaft, der Darmstädter Bank, der Firma Bleichröder und der Firma C. G. Teinhaus zu Düsseldorf aus — und der wirkliche Grund der Ablehnung für diese ist, daß ihnen die Verstaatlichungsbilkt der Regierung zwischen ihre schönen profitablen Fusionsprojekte fährt. Das sind die ganzen 'prinzipiellen vollswirtschaftlichen Bedenken'.

Die deutsche Eisen-Ein- und Ausfuhr im letzten Halbjahr. Nach dem schärpen Rückgang, den die deutsche Ausfuhr an Eisen und Eisenwaren aller Art im Monat Mai aufzuweisen hatte, zeigt der Monat Juni zwar wieder eine kleine Aufwärtsbewegung, aber eine durchgreifende oder auch nur einigermaßen bedeutendere Belebung des Außenhandels ist nicht eingetreten. Verglichen mit dem Vorjahre ergibt sich nach einer Zusammenstellung der 'Köln. Ztg.' folgendes Bild:

Table with 4 columns: Month, Import (Tonnen), Export (Tonnen), Balance (Tonnen). Rows for January, February, March, April, May, June, and Total.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres ist hiernach die deutsche Eisenausfuhr hinter der vorjährigen um 414 000 Tonnen zurückgeblieben, während gleichzeitig die Eiseneinfuhr um 48 000 Tonnen gestiegen ist. Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr ist infolgedessen um 462 000 Tonnen kleiner als in derselben Zeit des Vorjahres. Man muß bei Beurteilung dieser Ziffern berücksichtigen, daß sie noch diejenigen Mengen enthalten, die auf Grund der kurz vor Begründung des Stahlwerks-Berbandes getätigten umfangreichen Auslandsverkäufe ausgeführt wurden. Ohne diese Verkäufe würde die Ausfuhr noch niedriger sein. Was im besonderen den Monat Juni anbelangt, so zeigt er in der Einfuhr gegen den Vormonat eine Zunahme um 2658 Tonnen, und der Ausfuhrüberschuß stellt sich für den Juni infolgedessen um rund 7000 Tonnen höher als im Monat Mai. Er bleibt aber auch damit noch über 80 000 Tonnen hinter dem Ausfuhrüberschuß des Monats Juni vorigen Jahres zurück, und nach den Klagen, die zu Beginn des laufenden Monats über unzulängliche Beschäftigung für die Ausfuhr von den großen Werken laut wurden, muß bezweifelt werden, daß der laufende Monat hierin eine Besserung bringen wird.

Der Geldwert der Eisenausfuhr betrug in der ersten Hälfte des Vorjahres 318 185 000 M. gegen 306 289 000 M. in der ersten Hälfte des laufenden Jahres. Der Wert der Einfuhr stellte sich dagegen in der ersten Hälfte des Vorjahres auf 27 477 000 M. und in diesem Jahre auf 32 103 000 M. Berechnet man hieraus den Wert des Ausfuhrüberschusses, so ergibt sich für das erste Halbjahr 1904 ein Ausfuhrüberschuß von 274 106 000 M. gegen 200 708 000 M. im Vorjahre.

Eine neue Schiffsfahrtsordnung für die märkischen Wasserstraßen ist am 1. August in Kraft getreten. Der § 1 der neuen Verordnung bezieht sich auf die Länge und Breite der Fahrzeuge. Als äußerster Maß gilt eine Länge von 65 Metern und eine Breite von 8 Metern. Die Fahrzeuge für die Havel- und Havel-See von Spandau aufwärts bis zum Niederneudorfer See und für den Tegeler See dürfen nur 6,00 Meter Breite haben. Der Spandauer Schiffsfahrtskanal vom Tegeler See bis Salzeuse Pödensee ist dagegen nur mit Schiffen von 65 Meter Länge und 6,50 Meter Breite zu befahren. Die für zulässig erklärte Schiffslänge für die übrigen Wasserstraßen sind noch geringer. Es kommen meist 65 Meter Länge und 8 Meter Breite in Betracht. Für die Wasserstraßen der Talsperre von Salmödnitz bis Neue Mühle sind 55 Meter Länge und 6,10 Meter Breite vorgeschrieben.

Amerikanisches Eisenerz in Europa. Obgleich die zur Zeit in den Vereinigten Staaten von Amerika herrschende Eisenkrise einen starken Niedergang der Preise für Eisen und Eisenwaren bewirkt hat, ist doch der Export in diesen Artikeln nicht wesentlich gestiegen. Dagegen werden neuerdings beträchtliche Mengen von Eisenerz nach Europa ausgeführt — auch nach Deutschland. Nur selten wurden bisher Versuche unternommen, Erze aus der Union nach Europa zu verschiften, und dann waren die Sendungen meist von geringem Umfang. Im Juni 1904 wurden aber von der Firma Witherbee, Sherman u. Co. 12 000 Tonnen Eisenerz nach Glasgow und Antwerpen verschifft und noch 18 000 Tonnen dazu bestellt. Bis vor kurzem wäre diese Verladung nach Europa infolge der hohen Frachtkosten nicht gewinnbringend gewesen, aber eine Abmachung mit den in Betracht kommenden Transportgesellschaften ermöglicht die Verfrachtung zu Sägen, wie sie sonst nur bei der Getreideverladung vorkamen. Das Erz wird von der genannten Firma in ihren Gruben bei Port Henry gefördert und von dort aus, zunächst durch den Champlain Lake, dann durch die Kanäle nach New York gebracht. Die bisherigen Verschiffungen von New York nach Glasgow und Antwerpen geschahen mit Schiffen der Linien 'Red Star' und 'Oceanic and Anchor' zu einem Satze von ungefähr 5 Schilling pro Tonne. Die für den Inlandstransport gezahlte Frachtrate giebt die Firma nicht bekannt, aber man kann annehmen, daß sie billiger ist als je bisher bei der Erzverladung in Anlauf gekommen. Die Phoenix-Linie befördert das Erz in Posten von 5000 Tonnen, die Red-Star-Linie in solchen von 1500 Tonnen. Das noch im Juni bestellte Erz sollte vor dem 1. August geliefert werden, so daß sich die Verladung der einen Firma in knapp zwei Monaten auf mindestens 30 000 Tonnen stellen wird. Es verläutert, daß inzwischen schon wieder Aufträge zur Lieferung von weiteren 20 000 Tonnen eingegangen sind, und daß außer nach Glasgow und Antwerpen auch nach andren Häfen Verschiffungen erfolgen sollen.

Soziales.

Kertzliche Urteile über die Wirkungen der freien Arztwahl. Dem Moskauer Kertzetage hat ein Situationsbericht vorgelegen, erstattet von den ärztlichen Vereinen, der sich auf über 100 Seiten folio über die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken äußert. Da die Kertz-Organisation bisher geögert hat, diese Urteile ihrer eignen Kollegen der Öffentlichkeit mitzuteilen, erwirbt sich die 'Krankenlassen-Zeitung' das Verdienst, aus diesem Altensild einiges zu veröffentlichen. Aus den Urteilen der Kertzvereine über die Wirkungen der freien Arztwahl geben auch wir ein paar wieder, weil aus ihnen hervorgeht, daß die Begeisterung für dieses System auch unter den Ärzten durchaus nicht so groß ist, wie die Führer der Kertzbewegung behaupten, und weil andererseits daraus hervorgeht, daß unsre Ansicht über die Wirkungen des Systems auch von ärztlichen Organisationen geteilt wird.

So schreibt der ärztliche Kreisverein Karlsruhe: Von den Landärzten kann man fast durchweg und von den Ärzten der Städte wenigstens von einem großen Teile sagen, daß sie sich für die freie Arztwahl nur dann interessieren, wenn dieselbe bei ihnen eingeführt werden soll, an denen sie bisher nicht beteiligt waren; persönliche Opfer wollen jedenfalls nur wenige bringen. Ueberhaupt mühten die Vertragskommissionen des Vereins die Beobachtung machen, daß die Mehrzahl der Kollegen die Kassenarztfrage fast nur vom rein materiellen Standpunkte aus auffaßt, daß die Zahl der sozial denkenden und handelnden Kertz noch eine sehr geringe ist, und verschiedene Male waren die Kommissionen genötigt, den Ansprüchen eines gar zu traffen Egoismus energisch entgegenzutreten, da einzelne Kollegen, die vor dem Zustandekommen unsrer Organisation sich mit den minimalsten Verträgen begnügten, nun auf einmal glaubten, eine Art Raubzug gegen die Kassen inszenieren zu können.

Von einer Gaggauer Betriebsklasse wird berichtet: Die Verteilung des Honorars geschieht nach Einzelfleistungen, die genau auf den Scheinen eingetragen sein müßten, zumal in toller Weise Besuche gemacht wurden.

Gleiches beklagt Marienberg i. S., das für Bon- und gegen Poinisthem ist, weil damit eine wenig löbliche Sitte mancher namentlich jüngerer, weniger beschäftigter Kollegen vermieden bzw. verhindert wird, die ich natürlich den Kassenverwaltungen gegenüber weder je erwähnt habe, noch erwähnen werde, die ich aber hier zu erwähnen nicht unterlassen will, nämlich das übermäßig häufige Besuchen der Kranken; es sind mir Fälle bekannt, daß ein junger Kollege es sich gerade zur Aufgabe machte, seine Zeit mit Besuchen Krankenstassenkranter unter allen Umständen auszufüllen, mochten dieselben nötig sein oder nicht.

Von Grünberg i. Schl. heißt es: Die größte der Orts-Krankenlassen hatte bis zum Herbst v. J. nach einer Karenzzeit von zwei Jahren unbeschränkte freie Arztwahl. Infolge mißbräuchlicher Ausnutzung seitens des längst angestellten Arztes wurde dieses Prinzip aufgegeben und die Anstellung neuer Kertz der Bedürfnisfrage überlassen.

Marburg schreibt: Diese Zustände waren bedingt durch die finanzielle Lage der Kasse. Mit dem Zugzuge neuer Kertz ist in den letzten Jahren das gezahlte Kassenhonorar erheblich gewachsen. Die Zahl der Kassenmitglieder stieg in den letzten 10 Jahren nur von 2501 auf 3338, rund 33 Proz., die Gesamtsumme der Kassenhonorare in derselben Zeit von 4173 M. auf 18 845 M., rund 300 Proz. Dementsprechend die Kosten für Arznei und Heilmittel von 3181 M. auf 5243 M., rund 250 Proz. Jegendwelche Kontrolle der ärztlichen Leistungen und Verschreibungen bestand vor dem 1. Januar 1904 nicht und es ist der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, daß von dem einen oder andren Kollegen die Kasse als zu m e l l e n d e K u h angesehen wurde.“

Auch Düsseldorf bekennt in einem Rückblick: „Das seit 1896 eingeführte System der freien Arztwahl hatte sich gar nicht bewährt. Von dem Rechte der Extraliquidationen wurde seitens einzelner Kertz ein Gebrauch gemacht, der als Mißbrauch zu betrachten war. Die Höhe der Fuhrkosten stand bei einzelnen Kassen in keinem Verhältnis zum gezahlten Honorar. Jede Kontrolle der Kertz fehlte, jeder liquidierte, da ja auch eine Toge fehlte, was ihm gerade beliebte.“

Man wird uns hoffentlich nicht der Herabsetzung der Kertz beschuldigen, wenn wir diese ärztlichen Urteile über ihre eignen Kollegen, deren sich noch mehrere ähnliche in dem Altensilde befinden, abdrucken.

Das Wahlverfahren für Kaufmannsgerichte.

Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte bestimmt, daß die Wahlen nach den Grundätzen der Verhältniswahl vorzunehmen sind. Die Stadt Wünnen hat bereits, wie wir der 'Arbeitsmarkt-Korrespondenz' entnehmen einen Entwurf zu einer Wahlordnung vorgelegt. Danach erfolgt die Wahl der Wähler auf drei Jahre. Im letzten Jahre jeder Wahlperiode sind Vorschlagslisten für die sämtlichen zu wählenden Wähler und Ergänzungsmänner einzureichen, die der Unterschrift von je 50 Wahlberechtigten bedürfen. Die Stimmabgabe ist auf die eingereichten Vorschlagslisten beschränkt.

Nach Schluß der Stimmabgabe erfolgt in jedem Wahllokal sofort öffentlich die Feststellung der auf die einzelnen Vorschlagslisten gefallenen Stimmenzahl. Die einzelnen Wahlvorsteher haben lediglich die Stimmenzahl, die die einzelnen Listen erhalten haben, und die Gesamtzahl der in ihren Wahllokalen abgegebenen Stimmen festzustellen. Ein besonders vom Magistrat ernannter Wahlvorsteher hat dann am nächstfolgenden Tage im Vereine mit dem Wahl- auschuss die als Wähler und Erfahrmänner gewählten Personen zu ermitteln. Von den auf den einzelnen Vorschlagslisten entfallenen Stimmen gilt die Zahl als gewählt, die sich zu der Gesamtzahl der zu wählenden Wähler bzw. Erfahrmänner ebenso verhält, wie die Zahl der auf die Liste entfallenden gültigen Stimmen zu der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen. Ergeben sich bei der Verteilung Bruchteile, so werden die noch übrig bleibenden Sitze den Listen zugeteilt, deren Stimmenzahl bei der verhältnismäßigen Verteilung die größten Reste aufweist. Bei gleich großen Resten entscheidet erforderlichenfalls das Loos. Unter den Personen einer Liste entscheidet die Reihenfolge, in der sie genannt sind.

Wegen die geschliche Arbeitslosen-Versicherung hat sich einstimmig ein in Braunschweig tagender deutscher Tischler tag ausgesprochen. Grund: der bekannte; zu hohe Belastung der Unternehmer.

Eine blutige Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Der Klempner R. war eines Mittags von seinem Arbeitgeber Hübner entlassen worden. Es kam dann zu allerlei Wortplänkeleien zwischen beiden, bei denen auch die Lohnberechnung eine Rolle spielte. R. begab sich schließlich nach dem Comptoir Hübners. Etwas später sah ihn einer seiner Kollegen blutend auf dem Hofe „umhertaumeln“ und den Bräunen aufsuchen, wo er sich vom Blute reinigte. Er entfernte sich dann und klagte beim Gewerbeamt auf Zahlung seines Lohnes in Höhe von 87,20 M. und einer Lohnentschädigung wegen nicht rechtzeitiger Auszahlung der Papiere. Der Beklagte wollte den Lohn abzüglich des Betrags für den Rachmittag des Entlassungstages zahlen, befristet aber jede weitere Verpflichtung. — Der Kläger behauptete: Auf sein Verlangen nach dem Lohn habe Beklagter ihn aufgefordert, ins Comptoir zu kommen. Dort habe Beklagter die Thür hinter ihm zugemacht und sei, als R. von ihm Lohn und Papiere verlangte, gleich auf ihn zugesperrt und habe ihn mit den Worten: „Da haben Sie Ihren Lohn!“ ins Gesicht geschlagen. — Der Beklagte behauptete dem gegenüber, er habe nicht geschlagen, sondern ihn „höchstens“ nach dem Ausgange „gedrängt“, wobei R. wohl gegen die Thür „gerannt“ sein möge. So sei wahrscheinlich die blutende Wunde entstanden. R. habe die Papiere nicht nehmen und auch nicht gehen wollen. — Bei dem Vorfall war niemand zugegen. Beklagter macht sich anheischig, sogar zu behaupten, daß er den Kläger nicht geschlagen habe. Der Kläger blieb trotzdem auf das bestimmteste bei seinen Angaben und erklärte sich bereit, einen ihm vom Gewerbeamt auferlegten Eid zu leisten, daß Hübner ihn blutig geschlagen habe. — Hübner zahlte darauf vergleichsweise 50 M. an den Kläger.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Amgegend.

Die streikenden Glaser hielten am Montag eine Versammlung ab, in welcher die Streikleitung mitteilte, daß die Innung zu ihrer Versammlung den Gesellenauschuss eingeladen habe und wurde Pögel als Bevollmächtigter dahin delegiert. Ferner gab der Vorsitzende einen Bericht über den Stand der Bewegung. Im Streik befinden sich 300 Glaser. Bewilligt haben die Firmen Schmecker u. Co., Otto Pögel, C. F. W. Schneider u. Sohn, E. A. Raders, H. Schmidt, Brunnensstraße, S. v. Ottowicz, E. Zell, Juch, Slowacz, Köhler, Hübner, Fuß und noch zehn kleine Firmen, bei denen insgesamt 150 Glaser zu den neuen Bedingungen arbeiten. Nicht zur Streikkontrolle gemeldet haben sich die Glaser der Firmen Nachmann, Schelsky jun. und sen., Gäuter, Müll u. Co. und Kaufschäg. Bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft selbständiger Glasermeister Deutschlands verrichtet der Glasermeister Stampf, der früher in der Glaserbewegung an erster Stelle stand, Streikbrecherdienste.

In alle besonders in der Schaufenster- und Ladeneinrichtungsbranche thätigen Schlosser und Tischler richtet die Streikleitung das dringende Ersuchen, jede Arbeit, welche von Glasern zu verrichten ist, entschieden zu verweigern. Abgesehen von den Umständen, die dabei sehr leicht möglich sind und die für die Beteiligten die schwersten Folgen haben könnten, würden dieselben auch die Glaser in ihrem gerechten Kampfe aufs empfindlichste schädigen. Da der Streikleitung bereits mehrere derartige Fälle gemeldet sind, so appelliert dieselbe an das Solidaritätsgefühl der in Frage kommenden Arbeiterkategorien.

Wie nachträglich mitgeteilt wird, haben bereits 20 Firmen unterschrieben beigestimmt. Außerdem haben sich eine ganze Anzahl anderer Firmen bereit erklärt, den geforderten Lohn zu zahlen, doch sträuben sie sich im Hinblick auf voranschreitende Unannehmlichkeiten seitens ihrer Unternehmungskollegen, den neuen Tarif zu unterschreiben. 300 Glaser stehen in den Streiklisten als Ausständige verzeichnet; die Zahl der Ausständigen ist aber noch im Wachsen begriffen. Die Streikenden sehen in dem Abschluß eines Tarifs von Organisation zu Organisation eine um so größere Gewähr für die Innehaltung der Arbeitsbedingungen, als sie leider die Erfahrung machen mußten, daß in der Schlichtungskommission zur Ueberwindung des alten abgelaufenen Tarifs seitens der Arbeitgeber tarixunzueue Firmen vertreten waren.

Gestern Abend besahe sich eine außerordentliche Generalversammlung der Glaser-Zwangsinnung mit dem Streik. Die Verhandlungen wurden unter Zulassung der Vertreter aller Berliner Blätter in voller Öffentlichkeit geführt. Außer dem bezahlten Sekretär der Abteilung II des Rühnmänner-Berbandes, dem bekannten Generalsekretär Rasse, blies vor allem der frühere Leiter der Glaserorganisation, der jetzige Glasermeister S t a m p f, Brunnensstraße, in die Kriegstrompete. Dieser Mann zeigte recht augenfällig, was ein Renegat zu leisten vermag; er mußte es allerdings erleben, daß ein erheblicher Teil der Arbeitgeber ihn nur sehr widerwillig anhörte. Sehr vorteilhaft von den Reden der verschiedenen Innungshilfskörper stießen die Ausführungen des Meisters Schmidt aus der Brunnensstraße ab. Dieser empfahl, sich nicht an der modernen Gesellenorganisation zu stoßen, sondern im Verhandlungswege eine Verständigung anzubahnen, da der Streik auch den Arbeitgebern enorme Opfer kosten werde.

Obermeister J o s t erklärte darauf: Es bestehe durchaus keine Abneigung gegen Verhandlungen. Doch da die Meister keine freiwillige Interessenorganisation, sondern eine gesetzlich geschaffene Zwangsinnung seien, so entspräche es auch nur der Billigkeit, wenn die Innung als Korporation nur mit dem ebenfalls gesetzlich geschaffenen Gesellenauschuss, nicht aber mit der freiwillig gegründeten Organisation der Gesellen in Verhandlung träte. Die Innung kummere sich auch gar nicht darum, ob die Gesellen der Organisation angehören oder nicht. Deshalb habe es die Organisation auch völlig in der Hand, organisierte Gesellen in die Verhandlungskommission zu delegieren, nur müsse der gesetzlich gewählte Ausschuss Obmann dieser Kommission sein. Genau so, wie der alte Tarif mit dem Gesellenauschuss vereinbart worden sei, so könne auch der neue Tarif mit dieser Körperschaft für das ganze Gewerbe abgeschlossen werden. Allerdings seien die gegenwärtigen Forderungen der Gesellen nicht akzeptabel. Ueber die Lohnhöhe lasse sich sprechen, doch die übrigen Forderungen bedürften unbedingt einer Modifikation. Da wohl jeder Meister am liebsten seine alten Gesellen wieder habe, so glaube er, daß schon bis zum nächsten Freitag, wo eine neue Generalversammlung stattfindet, eine Verständigung erzielt werden könne. Beschlossen wurde sodann: Nur auf Grundlage des im Juni der Gesellenchaft vorgelegten Tarifs mit einer Kommission zu verhandeln, deren Obmann der Ausschuss Pögel ist. Eingelad-

machungen wurden als unzulässig erklärt. Demgemäß erklärten sämtliche anwesenden Meister, die den neuen Tarif bereits unterschrieben anerkannt hatten, ihre Unterschrift wieder zurückzuziehen zu wollen. Ausgenommen hiervon war nur Meister Schmidt in der Brunnensstraße, der sich den Gesellen gegenüber nicht wortbrüchig machen wollte.

Die Lagerarbeiter der Ein- und Verkaufs-Genossenschaft selbständiger Glasermeister, Hallesches Ufer, legten Dienstag früh einmütig die Arbeit nieder, nachdem man an dieselben das Anstimm stellte, Glaserarbeiten zu verrichten. Die schon schlechten Lohnverhältnisse gaben mit dazu Veranlassung, den streikenden Glasern nicht in den Rücken zu fallen, weil der Lohn in gar keinem Verhältnis zu der zu leistenden Arbeit steht. Arbeitswilige sind nicht zu verzeichnen, doch wurde das kaufmännische Personal gefeiert, wie es Schreiben auf die Wagen der Lohnfuhrwerke lud. Die Situation ist günstig. Zugang ist ferngehalten.

Die Ortsverwaltung I des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verhandlungen in der Bildhauer-Modellbranche. Auf Veranlassung der Freien Vereinigung der Studgeschäfte hat kürzlich eine Besprechung zwischen Vertretern der Unternehmer und der Modelleure und Antrager stattgefunden, die dazu dienen sollte, Schäden des Berufs zu beseitigen. Besonders war es den Unternehmern darum zu tun, gegen die sogenannten Subunternehmer, Gehilfen, die auch selbständig Arbeiten annehmen, vorzugehen, die ihrer Meinung nach hauptsächlich diejenigen sind, die Schmutzkonzurrenz betreiben. Dagegen führten die Vertreter der Modelleure an, daß auch von großen Firmen nicht minder schädliche Schmutzkonzurrenz betrieben wird, und wiesen dann im weiteren Verlauf der Besprechung auf eine Anzahl anderer Mißstände hin, die am besten durch bestimmte tarifliche Vereinbarungen eingeschränkt und beseitigt werden könnten. Die Besprechung endete damit, daß man überein kam, nach vier Wochen eine neue Zusammenkunft abzuhalten, in der über bestimmte Vorschläge verhandelt werden soll. Am Montagabend fand nun eine Versammlung der Modelleure und Antrager im Gewerkschaftshaus statt, in der die Branchenkommission über den Verlauf der Besprechung berichtete und Vorschläge zu einem Tarif machte. Die Vorschläge wurden in der Versammlung diskutiert, die Beschlußfassung wurde jedoch auf eine über acht Tage stattfindende neue Versammlung verschoben.

Deutsches Reich.

Die Arbeitsniederlegung der Holzbildhauer in Breslau ist eine allgemeine, da die Meister sich auf eine Bewilligung der Forderungen nicht einlassen wollten. — Zugug von Holzbildhauern ist von Breslau ferngehalten.

Mit einer Ausperrung drohen die Klempnermeister in Düsseldorf. Seit etwa acht Tagen sind beim Innungsmeister W. Tähler zehn Gehilfen ausständig. Die dem Innungsmeister folgenden Ursachen zu Grunde: Herr Tähler läßt sich seit vorigem Jahre von jedem Gehilfen eine sogenannte Werkzeugeinlage im Betrage von 50 M. stellen, welche nach und nach dem Lohn einbehalten wird. Als vor einiger Zeit ein neuer Meister von Herrn Tähler eingestellt wurde, welcher die Düsseldorfster Installationsarbeiten in keiner Weise kannte, gab es fortwährend Streitigkeiten, weil kein Gehilfe dem neuen Anreiter genug leisten konnte. Nunmehr führte er auch noch eine Reserve ein, indem er jedem Arbeiter einen Tag, den Sonnabend, vom Lohn einbehalten wollte. Die „Kantion“ würde sich dadurch auf ca. 55 M. erhöht haben. Hiermit waren die Gehilfen, welche sämtlich organisiert sind, nicht einverstanden. Sie wählten eine Kommission, welche bei Herrn Tähler vorstellig wurde. Der Herr Innungsmeister hatte für die Kommission aber nur die Antwort: „Was ich einbehalte, ist meine Sache, wenn es nicht paßt, laßt gehen.“ Daß auf diese Antwort hin die Gehilfen die Arbeit niederlegten, ist wohl selbstverständlich. Die Innung erklärte sich nun mit Herrn Tähler solidarisch und verlangt die Beendigung des Streiks bis Dienstag. Andernfalls droht sie mit Gegenmaßnahmen. Bezeichnend für das Verhalten der Innung ist die Thatsache, daß sie das Verhalten des Herrn Tähler gar nicht einmal verteidigt. Ob der Herr im Recht ist oder nicht, das läßt sie völlig kalt. Die Herren vertreten den Standpunkt, daß die Gesellen überhaupt kein Recht haben zu streiken. Die Geschäftskonkurrenz ist augenblicklich eine gute. Wenn der Zugang ferngehalten wird, können die Arbeiter den Dingen mit Ruhe entgegensehen.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

In den Streik geht.

Wir haben unsern Lesern schon mitgeteilt, in welcher Weise die Direktion der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. durch einen Ullas an die Arbeiter die Mißstände aus ihrem Betriebe zu beseitigen unternahm. Sie verlangte von ihnen eine Bescheinigung darüber, daß alles gut und schön sei. Wer das nicht bestätigen könne oder wolle, der möge gehen. Der Herr Direktor rief und alle, alle — gingen!

Die Arbeiter hielten eine öffentliche Versammlung ab und faßten ein in m i g folgenden Beschluß:

„Die heutige öffentliche Versammlung der gesamten Arbeiterschaft der Bayerischen Farbenfabriken erklärt sich mit dem Beschluß der Organisationskommission solidarisch und verspricht die Arbeit morgen früh nicht mehr aufzunehmen, bis die Forderungen der Arbeiterschaft: bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, Abschaffung der Mißstände, Anerkennung der gesetzlichen Staatsbürgerrechte, anerkannt sind. In diesem Beschluß sind wir nach rechtlicher Erwägung gekommen, insbesondere nach den vollständig konstatierten entscheidenden Beweisen. Die heutige Versammlung unterwirft sich jedem Schiedspruch einer dafür maßgebenden Behörde, weil sie die feste Ueberzeugung hat, daß diese Rechte ihnen anerkannt werden müssen.“

Nach den bisherigen Mitteilungen haben von ca. 4000 Beschäftigten sich etwa 200 dem Streik angeschlossen. Zugang ist ferngehalten.

Achtung, Glaser! Wegen Ausbruch von Differenzen, trotz der Ausperrung durch Vergehen der Innung gegen § 15 des Handwerkersgesetzes, ist der Zugang von Klein- und Kleingläsern nach Frankfurt a. M. streng ferngehalten. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M. des Centralverbandes deutscher Glaser.

Zur Ausperrung im Raingebiet

wird berichtet, daß die von den Unternehmern und Arbeitern ernannten Kommissionen gestern zum erstenmal zusammentraten, um über die Einigungsbedingungen zu beraten. In den Kreisen der Arbeiter bringt man den Verhandlungen wenig Vertrauen entgegen; man glaubt nicht, daß die Unternehmer einigermaßen annehmbare Bedingungen vorlegen werden. Der Weggang der Arbeiter dauert fort.

In D a r m s t a d t führte die Ausperrung am Montagabend zu größeren Ansammlungen von Ausständigen am Neubau des Darmstädter Hofes, wo eine größere Anzahl arbeitswiler Zimmerleute beschäftigt sind. Als diese die Arbeitsstelle nach Feierabend verließen, wurden sie von der mehr als hundertköpfigen Menge mit Johlen und Futurufen empfangen und nach dem Bahnhof verfolgt. Auf dem Bahnhofe kam es erneut zu Demonstrationen. Vier Personen wurden verhaftet.

Eine Banarbeiter-Ausperrung in München? In München streiken die Maurer und Baugewerksarbeiter auf verschiedenen Baustellen. Der Arbeitgeberverband hat nun den Beschluß gefaßt, alle bei seinen Mitgliedern beschäftigten Maurer auszusperrn, wenn die Streikenden nicht bis zum kommenden Montag ihre Thätigkeit wieder aufgenommen haben. Der Beschluß ist von 60 Baugewerkschaftsinhabern unterzeichnet.

Zusland.

Amerikanische Riesenstreik.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Die Pullmann-Wagenbau-Werksstätten sind auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. — Laufend Telegraphisten an der Missouri-Kansas-Texas-Bahn streiken; der Verkehr ist erheblich gestört.

Verfammlungen.

Zum internationalen Arbeiterkongress in Amsterdam nahmen die Berliner Parteigenossen gestern Abend Stellung in einer Versammlung, die im Feenpalast abgehalten wurde. Der Referent R a l k e n b u r h verbreitete sich hauptsächlich über die Tagesordnung des Kongresses. Dann folgte eine rege Diskussion, die sich ausschließlich um die Reise drehte. Angenommen wurde eine Resolution, welche ausdrückt, daß die Delegierten in der deutschen Delegation dahin wirken sollen, daß am 1. Mai für die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze, den Achttundentag, den Völkerverfrieden und die Forderungen der Sozialdemokratie demonstriert wird, daß die Demonstration in allen Kulturländern eine einheitliche sein soll und die Arbeitereuche als würdige Demonstration betrachtet wird, und überall stattfinden soll, wo es ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter möglich ist. Als Delegierte wurden gewählt: W e r n e r (2. Kreis), B ü c h n e r (4. Kreis), E r n s t (6. Kreis).

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 2. August. (W. Z. V.) Ablösungstransport-Dampfer der Ostasiatischen Befahungsbrigade „Athen“ am 1. August von Tsingtau mit 59 Offizieren, Sanitätsoffizieren und Beamten und 886 Unteroffizieren und Mannschaften (darunter 31 Angehörige der Marine) Heimreise angetreten. Transportführer Major und Depot-Direktor Thiemig. Hongkong wird auf der Heimreise nicht angelaufen.

Rom, 2. August. (W. Z. V.) Von dem Palais der französischen Botschaft beim päpstlichen Stuhl ist heute das Wappenschild entfernt worden.

Rom, 2. August. (W. Z. V.) Der „Italia“ zufolge beabsichtigt der Papst, über den französischen Ministerpräsidenten Combes den höheren Kirchengang zu verhandeln.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 2. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wie verlautet, haben die Japaner nach dreitägigem verzweifeltem Kampfe Schanailau, eine wichtige Verteidigungsposition bei Port Arthur, genommen.

Tokio, 2. August. (W. Z. V.) [Antliche Meldung.] General Kuroki meldet folgendes: Unsere Armee begann am 31. Juli bei Tagesanbruch zum Angriff gegen den Feind vorzugehen, der auf Sushulung (vier Meilen von Heihoben) und Hangtuling (sechs Meilen östlich vom Notienpaß) besetzt hielt. Beide Orte liegen 25 Meilen von Liaung entfernt. Die bei Sushulung stehenden russischen Truppen bestanden aus zwei Divisionen mit entsprechender Artillerie. Die Angriffsoperationen wurden nach einem vorher festgelegten Plane durchgeführt und bei Sonnenuntergang waren beide Flügel des Feindes geschlagen. Da der Feind aber sehr stark war und in festen Stellungen stand, war es uns nicht möglich, seine Stellungen zu nehmen. Beim Anbruch des folgenden Tages wurde der Angriff wieder aufgenommen; es gelang uns, den Feind um die Mittagsgrenze aus seiner Stellung zu verdrängen und wir verfolgten den Feind, der in der Richtung auf Anping floh, vier Meilen weit nach Westen. — Bei Hangtuling standen Russen in Stärke von zwei und einer halben Division mit vier Batterien. Der Angriff wurde auch dort erfolgreich durchgeführt. Bei Sonnenuntergang nahmen wir die Hauptstellungen des Feindes; ein Teil des Feindes leistete aber den hartnäckigsten Widerstand und wir mußten die Nacht über in Schlachtlage bivakieren. Bei Tagesanbruch des 1. August gingen wir von neuem zum Angriff vor und um 8 Uhr morgens fielen alle Höhen in unsere Hände. Der Feind floh auf Tanghoh zu. Ueber unsere Verluste werden Ermittlungen angestellt. Wir haben eine Anzahl Feldgeschütze erobert. — In diesem Gefecht hatten wir bei unren Angriffsoperationen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da wir gegen scharfe Abhänge vorgehen mußten, ohne eine passende Stellung für unsere Artillerie zu haben; dabei war eine Hitze von gegen 40 Grad Celsius.

Petersburg, 2. August. (W. Z. V.) Ein Telegramm des Generals Scharow an den Generalstab meldet unterm 1. August: In der Richtung Saimatei-Liaung blieb unsere Vorhut nach einem hartnäckigen Kampfe am 31. Juli in ihrer alten Stellung. Auf der südlichen Front ging der Feind unentschieden vor und begnügte sich mit einem Artillerielampf auf weitere Entfernung. Am 1. August war alles ruhig. Am 30. Juli unternahm die Japaner eine Belagungsoperation mit bedeutenden Streiträften in der Richtung auf Jöngwangschöng und Hailsheng. Durch die russischen Vorposten wurde der Feind auf die Höhen von Jurintumia zurückgeworfen. Ein Angriff der Japaner bei Utungshogou wurde ebenfalls von den russischen Heilwachen aufgehalten. Auf Seiten der Russen wurden 2 Offiziere und 34 Unteroffiziere verwundet. Am 31. Juli wurde japanische Infanterie, welche auf Laobanisi vorgegangen war, durch das Feuer russischer Batterien und sechs Compagnien zum Stehen gebracht. Dabei sind zwei russische Offiziere gefallen und einer verwundet worden. Von Unteroffizieren sind 28 tot und verwundet. Am 31. Juli setzten zwei japanische Bataillone den Paß zwischen Sanshugou und Jusshaputei. Auf Seite der Russen wurden 50 Offiziere und ungefähr 40 Unteroffiziere verwundet.

Petersburg, 2. August. (W. Z. V.) Ein Telegramm des Admirals Stedlow an den Kaiser meldet: Der von mir mit dem Kreuzergeschwader, bestehend aus der „Rossija“, dem „Grombol“ und „Njurik“, an die Küste Japans ausgesandte Konteradmiral berichtet: Das Geschwader traf bei seiner Ausfahrt aus der Meerenge von Sangar in den Ocean am 20. Juli auf einen kleinen japanischen Dampfer „Dassima-Maru“. Nachdem die Besatzung das Schiff verlassen hatte, wurde dieses versenkt. Die Besatzung fuhr auf Booten ans Ufer. Gleichzeitig wurde der englische Dampfer „Kamara“ angehalten und einem Verhör unterworfen. Der Dampfer führte Kohlen nach Rotorau. Obgleich Grund zu der Annahme vorhanden war, daß das Schiff sich mit der Beförderung von Kriegskontrollbände beschäftigt wurden wir doch durch das Fehlen direkter Indizien bestimmt, es freizugeben. Bald darauf stieß das Geschwader auf den japanischen Küstendampfer „Kobunji-Maru“ mit 50 Passagieren, zum größten Teil Frauen. Dieser Umstand bestimmte uns, den Dampfer freizugeben. Auf der Weiterfahrt nach Siben trafen wir nach einander zwei japanische Dampfer, beide mit Fisch und Salz beladen. Die Dampfer wurden nach Uebernahme der Mannschaft versenkt. Am 22. Juli wurden hundert Meilen von Jöshama der deutsche Dampfer „Arabia“ angehalten, der eine bedeutende Ladung Kriegskontrollbände führte. Die Kontrollbände bestanden in Eisenbahnmateriale und Wehl, das für japanische Häfen bestimmt war. Die „Arabia“ wurde nach Wladiwostok geschickt.

Wien, 2. August. (W. Z. V.) Der Streik der Postfuhrwerks-Aufsicher ist zu Ende, da der größte Teil der Forderungen der Streikenden bewilligt wurde.

Wien, 2. August. (W. Z. V.) Heute nachmittag ist zwischen den Fuhrwerksunternehmern und den Vertretern der ausständigen Aufsicher eine Einigung zu Stande gekommen.

Wizza, 2. August. (W. Z. V.) In der Nähe von Kap Martin entgleiten an einer abhülligen Stelle zwei voll besetzte Tramwaywagons. Drei Passagiere sind tot, zahlreiche wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Die Stadt Berlin gegen die Straßenbahn.

Der Protest gegen die Untergrundbahn.

Der Einspruch der „Großen Berliner“ gegen die Untergrundbahn... Potsdamer Platz-Spittelmarkt ist bekanntlich in erster Instanz abgewiesen worden.

Aus den Urteilsgründen teilt das „Verl. Tageblatt“ folgende Punkte mit:

Zunächst war die Frage zu prüfen, ob, wie der Magistrat behauptet, der mit der Gesellschaft abgeschlossene Vertrag Bestimmungen enthält, aus denen sich eine Konkurrenzfreiheit im Bau von Straßenbahnen nachweisen oder folgern läßt.

Vertrag nicht geschlossen.

Die Verständigung über einzelne Punkte ist auch dann nicht bindend, wenn eine Aufzeichnung stattgefunden hat... Die Verständigung über einzelne Punkte ist auch dann nicht bindend, wenn eine Aufzeichnung stattgefunden hat.

ungleichartiges Verkehrsunternehmen

handelt, das mehr dem Schnellverkehr dienen sollte und der Straßenbahn, der der lokale Verkehr zufalle, weniger Konkurrenz zu machen geeignet sei.

Wie bekannt, hat die Straßenbahngesellschaft gegen dies Urteil beim königl. Kammergericht Berufung eingelegt; die Sache ist aber so klar gekennzeichnet, daß es kaum zweifelhaft ist, daß die Stadt Berlin auch in den weiteren Instanzen ein obliegendes Erkenntnis davontragen wird.

Partei-Nachrichten.

In Schwarzen Redereien. Im April, der starken Centrumsfeste, fand am Sonntag, und zwar in Reutenahr, die erste sozialdemokratische Versammlung statt.

Wir haben mehrfach die Ansicht ausgesprochen, daß in den westlichen Centrumsdomänen durch nachhaltige Agitation für uns sehr viel zu holen ist, daß aber für diese weiten und vollstreckten Distrikte die bis jetzt vorhandenen Kräfte nicht ausreichen, um die erforderliche Arbeit zu leisten.

sich auch darüber klar; sie haben entsprechende Wünsche nach Hilfe auf ihren Tagungen oft genug zum Ausdruck gebracht.

Der Provinzial-Parteitag für die Provinz Pommern wird auf den 28. August nach Stettin einberufen.

Genosse v. Bolkmar sollte nach einem Bericht der „Täglichen Rundschau“ im Finanzausschuß der bairischen Abgeordneten-kammer beantragt haben, dem Kammerpräsidenten v. Orterer eine monatliche Zulage von 900 bis 1000 Mark zu bewilligen.

Die Parteigenossen Adolf Hoffmann-Berlin, Enrico Ferrer-Rom und Franz Schumeyer-Wien werden am 14. August auf einem internationalen Arbeiterfest in St. Gallen Vorträge halten.

Karl Klein Franz Jule, die einst vom Anarchismus zur Socialdemokratie kam, sich aber bald so entwickelte, daß sie von der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg von der Referentenliste gestrichen wurde.

Wahlkreis Prenzlau-Angermünde. Die diesjährige Parteikonferenz tritt Sonntag, den 7. d. M., mittags 12 Uhr, in Schwedt a. O. im Gasthof zum deutschen Hause zusammen.

Der dritte nationale Kongreß der „P. S. d. F.“ (Socialistische Partei Frankreichs) findet, gemäß den Beschlüssen des Kongresses von Reims, in diesem Jahre in Lille vom 9. bis 11. August statt.

Die sozialistische Bewegung in der Republik Argentinien.

Der „Almanaque Socialista“ von 1904 enthält eine längere geschichtliche Abhandlung über die sozialistische Bewegung in der Republik Argentinien.

Das Centrum der sozialistischen Bewegung in Buenos Aires, nicht weil dies die Hauptstadt der Republik ist, sondern weil hier die kapitalistische Entwicklung am weitesten vorgeschritten ist.

Im Oktober 1886 war das erste Wochenblatt, der „Vorwärts“ in deutscher Sprache herausgegeben worden; Herausgeber und Redakteur war der Genosse Ahle.

Der Klub ging nunmehr daran, auch die gewerkschaftliche Bewegung zu fördern. Es wurde eine Federation der Arbeiter der Republik Argentinien gebildet.

Seitdem hat sich die sozialistische Partei Argentiniens unaußersam weiter entwickelt; der Belagerungszustand von 1902 konnte die Bewegung nicht mehr zerschlagen.

Die gewerkschaftliche Organisation der Frauen. Die „Gleichheit“ untersucht die Ergebnisse der diesjährigen Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission im Hinblick auf die weiblichen Mitglieder.

Aus der Frauenbewegung.

Die gewerkschaftliche Organisation der Frauen. Die „Gleichheit“ untersucht die Ergebnisse der diesjährigen Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission im Hinblick auf die weiblichen Mitglieder.

famleit zugewendet werden. Es gilt Einrichtungen anzubauen und zu schaffen, welche den Genossenschaften weibliche Mitglieder werden und sie an diese fesseln.

Jedoch noch eine weitere Neuerung wird unseres Dafürhaltens notwendig. Praktische Notwendigkeiten veranlassen die Genossenschaften immer mehr, die Leitung der Agitations- und Organisationsarbeit in den einzelnen Bezirken in die Hand angestellter, besoldeter Beamten zu legen.

Die proletarische Frauenbewegung hat genügend Kräfte gesammelt, die der aufgegebenen Aufgabe wie den übrigen Verpflichtungen des Amtes gewachsen sein würden.

Am der Universität Jena, und zwar in der philosophischen Fakultät, legte am 30. Juli zum ersten Male eine Dame das Doktor-Examen ab und bestand cum laude.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wachtung! Sechster Wahlkreis! Am Dienstag, den 23. August, findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt mit folgender Tagesordnung:

Charlottenburg. Heute abend um 8 Uhr findet im Volkshaus u. Rosenstr. 3, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genosse Edward Urmann einen Vortrag über „Russisches“ halten wird.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Mittwoch, den 3. d. M., abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal des Herrn Lange, Siegedkranz.

Lokales.

„Herrschaften-Los“.

Als wir kürzlich zu melden hatten, daß in der Martin Lutherstraße beim Kreisphysikus Bape ein Dienstmädchen durch einen Sprung aus dem Fenster sich aus ihrer für sie unerträglichen Lage zu befreien gesucht habe, fügten wir (in Nr. 170) ein paar Betrachtungen über das Los der Dienstmädchen hinzu.

Wie thäten das sofort, indem wir eben jene Erwiderung abdruckten (in Nr. 173). Wenn hätten wir dann auch aus Eigenem noch etwas über Herrschaften-Los gesagt, aber es hat uns bisher nicht so ganz gelungen wollen.

Vorläufig hat Frau Kreisphylis an anderer Stelle niedergelegt, was sie über ihr letztes Dienstmädchen zu sagen hat, im Gesindebuch. Sie hat eingetragen: „Anna ist ein ehrliches Mädchen“. Nicht mehr, nicht weniger. Sie lobt nicht; denn die Bescheinigung der Ehrlichkeit ist ja weiter kein Lob, da von einem Diensthoten, dem man sein Handtuch anvertraut, Ehrlichkeit als etwas Selbstverständliches gefordert werden muß. Aber Frau Kreisphylis tadelt auch nicht! Hand sie nichts ernsthaft Tadelnswertes an Anna? Vielleicht wird man hier einwenden, Frau Kreisphylis habe der Wahrheit zuwider den Tadel unterdrückt. Nicht wir sagen das; bei ihren Verteidigerinnen wird Frau Kreisphylis sich gegen diesen Verdacht der Täuschung zu wehren haben. Wir glauben, daß sie die volle Wahrheit gesagt hat. Wir glauben das deshalb, weil die früheren Zeugnisse Annas noch besser sind. In dem einen wird bescheinigt, daß sie ehrlich und bescheiden war, in einem andern, daß sie ehrlich und freundlich war, in einem dritten, daß sie sich musterhaft geführt hat, daß sie ehrlich, sauber und immer freundlich war.

Das Los der Herrschaften, die sich mit solchem Mädchen behelfen mußten, kann wohl so schrecklich nicht gewesen sein. Warum aber fand gerade Frau Kreisphylis nichts weiter an Anna zu loben? Und warum empfand Anna gerade die Behandlung durch Frau Kreisphylis als unerträglich? „Wir Hausfrauen“, sagt jene Erwiderung, „sind bei dem herrschenden Dienstmangel schon heilfroh, wenn wir mal ein einigermaßen brauchbares Mädchen bekommen, nur einigermaßen soll sie sein, dann werden wir uns schon die größte Mühe geben, sie so lange wie möglich zu behalten, nicht aber ihr das Leben unnütz schwer machen.“ Auch Frau Kreisphylis war gewiß „heilfroh“, ein Mädchen zu bekommen, das als „ehrlich, sauber, freundlich, bescheiden“ empfohlen wurde. Sie gab sich auch „die größte Mühe, sie so lange wie möglich zu behalten“. Aber das Mädchen, das anderwärts Jahre hindurch geblieben war und im ganzen schon 14 Jahre Dienst hinter sich hatte, schrieb über Papes schon nach 14 Tagen dem Bruder, daß „die Behandlung nicht mehr zu ertragen“ sei. Da Frau Doktor sie nicht sofort wieder ziehen lassen wollte und eine Flucht durch Abschließung der Thür vorbeugte, machte das Mädchen den Versuch, sich durch einen Sprung aus dem Fenster zu befreien.

Es ist eben das Los gewisser Herrschaften, daß kein Mädchen lange bei ihnen bleiben will, und daß bei ihnen selbst die beste die Lust verliert. Sie haben darin kein Glück! Allerdings gilt für das Herrschaften-Glück daselbe, was sich vom „Glück“ überhaupt sagen läßt. Es hängt nicht vom Zufall allein ab, sondern ebenso sehr oder noch mehr von Dingen, die im Menschen selber liegen. Man muß „Talent zum Glück“ haben, und in Punkt Dienstbote fehlt das leider sehr vielen Herrschaften. Dauerndes Pech ist immer verdächtig. Sieht man von den Fällen gelegentlichen Pechs ab, so darf man getroßt behaupten, daß jede Herrschaft die Dienstboten kriegt, die sie verdient.

Dienstmädchen-Los und Herrschaften-Los erklären sich aus dem eigenartigen Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesinde, das sich aufbaut auf der veralteten Anschauung, der Dienende sei ein Untergebener. Daß Herrschaft und Dienstbote sich als Gleichberechtigte gegenübersehen sollen, will gewissen Gnädigen nicht in den Sinn. Im Handel heißt es: „Hier die Ware, hier das Geld!“ In der Industrie: „Hier die Arbeit, hier der Lohn!“ Bei persönlicher Dienstleistung aber will man immer noch nicht abgehen von der mittelalterlichen Auffassung eines Untergebenenverhältnisses. Wir haben ja auch immer noch das Besondere „Gesinderecht“, das sogar Prügel erlaubt.

Das Uebel für die Herrschaften ist nur, daß bei persönlicher Dienstleistung auch dem Gesinde sein Stachel gegeben ist. Kein ungeschickter, lässiger Arbeiter kann einem Unternehmer soviel Ärger bereiten, wie der Herrschaft ein schlechter Dienstbote. Es kann aber auch kein brauchbarer Arbeiter für erlittenes Unrecht sich so nachdrücklich rächen, wie ein Dienstbote. Das begreift selbst das dümmste, gefügigste Mädchen sehr rasch. So erklärt sich die Reizung der Dienstboten, die Herrschaft zu hinarbeiten, was schlechte Elemente dann auch ohne Grund thun. Wo Tyrannei ist, ist auch Auflehnung, namentlich dann, wenn die Gebietenden von ihren Untergebenen abhängig sind.

Gegen den Kettuhr-Ladenschluß

eifert ein Flugblatt des „Vorstandes des Vereins der Geschäftsinhaber aller Branchen zur Abwehr des Kettuhr-Ladenschlusses“. Ein Geschäftsmann unfres Leserkreises findet die Argumente dieses Flugblattes nicht durchschlagend genug und bittet uns daher, die nachstehende ausführlichere Begründung der Ablehnung des Kettuhr-Ladenschlusses unfren Lesern zugänglich machen zu wollen:

„Den Sonntag, die ersten Feiertage gönnt man uns sonst so glücklichen Ladenbesitzern nur halb, die zweiten Feiertage wie die Abend- und Nachtzeit nach 9 Uhr ganz und gar nicht, und nun sollen wir an den sechs Wochentagen nur noch je 13 Stunden den modernen Warenverteilungsdienst ausüben dürfen! Jedes Tier, sagt man, verlangt seine Ruhe, wir aber wollen mit ihnen nicht auf eine Stufe gestellt werden! Und welche Folgen wird der Kettuhrschluß haben? Nun, dieselben, die der Keimuhrschluß gehabt, in verstärkter Maße. Wahre Schredensscenen werden die Deffentlichkeit in ständiger Aufregung halten, denn wer sein Geld nach 8 Uhr abends in den geschlossenen Läden nicht los werden kann, der hat am anderen Tage absolut keine Verwendung mehr dafür. Die Verzweiflung an seinem Dasein packt ihn, und kann er keine Waren mehr kaufen, so rast er in die Kneipe und kauft sich — einen Affen! — Weiter! Jeder Ladenbesitzer kennt aus seiner Praxis die Gewohnheiten des konsumierenden Publikums. Hier stürzt bei Thoreschluß noch atemlos ein Dienstmädchen nach einem Briefbogen und einer neuen Feder herein, auch eine Briefmarke will sie noch kaufen, dort braucht ein Jüngling noch schnell einen Stragenknopf oder gar einen Papierkragen, wieder ein anderer bringt eine Reparatur, aber „sofort“, während irgendwo ein Bierter einen Gegenstand, der vor vier Wochen bestellt war, jetzt beim Herunterrollen der Tafel abholt, mit der Motivierung, daß er täglich dreimal vorbeigeht.“

Und auf die Damen mit ihren dringenden Beforderungen, bei denen sie auf der Straße in Unterhaltungen verwickelt werden; sie haben ja noch Zeit, „es ist ja noch nicht 9 Uhr“. Sollten wir diese Stunden alle durch den Kettuhrschluß in Verlegenheit bringen? Nein! das ist keine Ordnung! —

Die Ordnung erfordert, daß wir die Zeit zum Abendessen dem öffentlichen Wohl opfern, und daß der Käufer es nicht merkt, wenn wir bei der Bedienung den Witten im Runde herumwürgen; die Ordnung erfordert, daß unsere Kinder uns des Abends nicht mit erzieherischen Angelegenheiten belästigen und daß wir so etwa nach 10 Uhr sehen können, wie läß sie alle schlafen; die Ordnung erfordert, daß auch wir nach Ladenschluß schnurstracks unter die Federn kriechen und unfren Nebenmenschen nicht die frische Luft vormachen. Am allerwenigsten aber wollen wir uns von einer sogenannten Kultur beleiden lassen und gar an politischen oder sozialen Bestrebungen — ausgenommen die gegen jeden Ladenschluß — teilnehmen, Bücher lesen oder Gesellschaft pflegen; Theater und Konzerte, selbst wenn wir das Nötige dazu einmal aufbringen könnten, Kunst und Wissenschaft, die das Volk interessieren, überlassen wir ruhig denen, die um 6 oder um 7 Uhr frei sind.

Müßiggang ist aller Laster Anfang! Wir aber wollen zwischen unfren vier Mauern Wacht halten, so lange sich noch ein Mensch auf der Straße blicken läßt — es könnte ein Käufer sein. Auch unfren jungen Mann oder das Ladenfräulein wollen wir vor den bösen Folgen des Müßiggangs bewahren, damit auch sie demalmeist das Glück einer kleinen bürgerlichen Selbständigkeit genießen können.

Das Gefährliche aber bei dem drohenden Kettuhrschluß ist, daß es mit dem Keimuhrschluß dann Ernst werden könnte, denn bis jetzt ist diese Verordnung noch immer mit innigem sozialen Verständnis gehandhabt worden, man behandelt uns als Stützen von Staat und Gesellschaft gottlob nicht etwa, wie man Streifenposten behandelt, um Polizeiverordnungen energisch durchzuführen. Stören wir also nicht das solide Geschäft und demonstrieren wir gegen die Warenhäuser, indem wir die Profanen auflesen, die sie uns kleinen Ladenbesitzern übrig lassen, dann werden wir schließlich im Kampf mit den Hiesenzaren den Sieg davontragen! Dazu genügt es aber nicht, nur 13 Stunden am Tage zur Disposition zu stehen, nein 14 Stunden müssen es wenigstens sein, und schließlich müssen wir uns auch die Nacht wieder erobern, den Sonntag und die Feiertage! —

Ja, frei wollen wir sein! Das hat schon Heinrich Heine uns Deutschen angesehen, indem er ganz in unfrem Sinne, im Sinne des bürgerlichen Mittelstandes begeistert ausrief: „Der Deutsche liebt seine Freiheit wie seine Großmutter!“ — Regen wir deshalb allen Ladenbesitzern unfre Gründe gegen den Kettuhrschluß warm ans Herz, und der Meisteiler wird durch die Stunde von 8—9 am sichersten verschont werden. Auch ihr, Arbeiter im Handelsgewerbe, helft uns und euch gegen jede Reform — für die unbefristete Verlängerung der Arbeitszeit!“

Die Versorgung Berlins mit Trinkwasser ist jetzt so geregelt, daß von der gesamten Wassermenge, die aus den Werken Friedrichshagen und Tegel in die Stadt (einschließlich einige Vororte) hineingefördert wird, rund drei Siebentel auf das Tegeler Werk und vier Siebentel auf das Friedrichshagener Werk entfallen. Dieses Verhältnis ist im Winter wie im Sommer, bei geringem wie starkem Verbrauch, ziemlich genau festgehalten worden. Im Januar 1904 zum Beispiel, der im letzten Winter den geringsten Monatsverbrauch aufwies, wurden täglich 136 426 Kubikmeter, im ganzen Monat 4 229 201 Kubikmeter gefördert. Von dieser Wassermenge kamen aus dem Tegeler Werk 1 841 263 Kubikmeter, aus dem Friedrichshagener Werk 2 387 938 Kubikmeter. Im Juni 1904, bis zu dem die Zusammenstellungen des städtischen Statistischen Amtes über die Berliner Wasserversorgung reichen, wurden täglich 192 981 Kubikmeter, im ganzen Monat 5 789 419 Kubikmeter gefördert, und an der Lieferung war das Tegeler Werk mit 2 460 898 Kubikmeter, das Friedrichshagener Werk mit 3 328 521 Kubikmeter beteiligt. Diesmal sind übrigens im Juni reichlich 425 000 Kubikmeter mehr geliefert worden, als in demselben Monat des vorigen Jahres. Auch diesen erhöhten Anforderungen hat das Tegeler Werk mit seinen Tiefbrunnen zu genügen vermocht; auf Tegel entfiel sogar der größte Teil der oben angegebenen Mehrlieferung.

Der Fehrbelliner Kanal ist bei Sm. 14,0 seit einigen Tagen auf mehrere Wochen für den Schiffsahrtverkehr gesperrt. Die Fahrt wird auf den märkischen Wasserstraßen immer schwieriger. Das Wasser ist immer noch im Fallen begriffen.

Ein schweres Straßenbahnunglück ereignete sich am Montagabend gegen 8 Uhr. Der „Berliner Zeitung“ wird von einem Augenzeugen darüber berichtet:

„Der Motorwagenzug der Linie 37 (Reinickendorf-Kreuzberg), der dem Prenzlauer Thor zufuhr, begegnete an der Ecke der Alten Schützenstraße dem nach dem Alexander-Platz fahrenden Wagen der Linie 49 (Pankow-Rixdorf). An der Ecke der Alten Schützenstraße hat die Linie 37 eine Weiche zu passieren. Hier verirrte sich der Anhängewagen des Juges Reinickendorf-Kreuzberg und lief, anstatt seinem Motorwagen zu folgen, in das Geleis des entgegenkommenden Juges 49. Da beide Jüge mit voller Geschwindigkeit fuhren, war der Anprall ein furchtbarer. Der Anhängewagen wurde zerstückelt. Die Insassen waren unter den Trümmern begraben, und schreckliche Angst- und Wehrufe erschollen. Von Passanten und der sofort alarmierten Feuerwehrt wurden die Unglücklichen aus ihrer furchtbaren Lage befreit.“

Nach einer weiteren Meldung wurden bei dem Zusammenstoß sieben Personen verletzt.

Es haben erlitten: Quetschungen am rechten Oberschenkel: Karl Großmann, Provinzstr. 76, Franz und Ludwig Apel, beide Provinzstraße 84; Verletzungen am linken Auge: Emma Hedenstein, Große Frankfurterstr. 63; Bruch des Nasenbeins: Ernst Schür, Skatierstraße 74; Quetschung der Nase und der linken Stirnseite: Richard Brandner, Joachimsthalerstr. 11a; Blutende Fleischwunden an beiden Schläfen: Franz Voigt, Brunnenstr. 94; ferner leichtere Kontusionen und Hautabrisse: die Herren Karl Lange, Brunnenstr. 9, Willi Treptow, Putzbrüderstr. 4, Hans Schiller, Prenzlauer Allee 94, Julius Pälde, Dronheimerstr. 18, Hermann Böhl, Bergmannstr. 31, Friedrich Wegener, Putzbrüderstr. 45, Otto Albertin, Provinzstr. 82, Wilhelm Klein, Wabstr. 21 und Frau Anna Gedanke, Viefenthalerstraße 15. Ferner erlitt der Schaffner des Anhängewagens 2623, Gretchen, Rixwunden im Gesicht, Quetschungen des linken Armes und der linken Hand und Kontusionen an beiden Schenkelbeinen. Wie uns auf unfre Anfrage seitens der Unfallstation mitgeteilt wird, erwiesen sich sämtliche Verletzungen als solche leichteren Art. Alle Verunglückten konnten sich, nachdem sie ordnungsgemäß verbunden waren, nach ihren Wohnungen begeben.

Eine einheitliche Neuregelung des Meldewesens für den Landespolizeibezirk Berlin soll am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Da durch die zu diesem Zwecke zu erlassende Polizei-Verordnung dem Vernehmen nach auch die zur Zeit gebräuchlichen Meldesformulare einige Abänderungen erleiden werden, wird es sich empfehlen, Neuherstellungen von Formularen nach altem Muster nicht mehr vorzunehmen. Die neuen Formulare sollen rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Auf einen Gitterzaun gespritzt wurde am Montagabend um 6 Uhr der 4 Jahre alte Sohn Albert der Arbeiter Krügerschen Eheleute aus der Wrangelestraße 57. Vor dem linken Seitenflügel befindet sich ein kleines Vorgartengitter. Der Knabe war aus einem Fenster der im Erdgeschoß belegenen Wohnung auf das Gitter hinausklettert, glitt dort ab und fiel auf das Gitter. Der Knabe rief sich den Leib auf und wurde zunächst auf der Rettungswache am Görlicher Bahnhof verbunden, dann bestimmungslos nach Bethanien gebracht. Die Mutter war während des Vorganges in einem Nebenzimmer beschäftigt, um für das Abendessen Vorträge zu treffen.

Am Sonnabend erkrankte gestern nachmittag am Pappelpfad, an der Ecke der Inbaliden- und Aderstraße, der 32jährige Arbeiter Beder. Ein im Samariterdienst ausgebildeter Schuttmann brachte dem Zusammengebrochenen die erste Hilfe, und bei sachgemäßer Behandlung gelang es ihm auch, den Befinnungslosen ins Leben zurückzurufen. Er wurde dann mittels einer Droschke dem Krankenhaus zugeführt.

Mutterliebe. Ein aufregender Vorfall alarmierte, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, am Sonntagnachmittag gegen 6 Uhr die Hunderte von Ausflüglern in der Kolonie Hirschgarten. Ein siebenjähriger Knabe badete in der Spree, während seine Mutter am Ufer stand und darauf achtete, daß der Kleine nicht zu tief ins Wasser ging. Dennoch geriet das Kind an eine tiefe Stelle und verlor plötzlich in den Fluten. Ohne sich nur einen Augenblick zu bestimmen, sprang die des Schwimmens unkundige, entsetzte Mutter in voller Kleidung ins Wasser, ging aber ebenfalls sofort unter. Die Zuschauer der schrecklichen Szene waren wie gelähmt, und niemand dachte daran, den in Erstickungsgefahr befindlichen Jünger

zu bringen. Zufällig näherte sich in diesem Augenblick der Zimmermann Riech, in Hirschgarten, Berlinerstr. 6 wohnhaft, der Unfallstelle. Er übernahm sofort die Situation, entledigte sich seines Rockes und sprang in die Fluten. Obwohl die mit den Wellen kämpfenden sich verzweifelt an ihren mutigen Retter anklammerten, gelang es diesem doch, mit großer Anstrengung und Gefährdung des eignen Lebens Mutter und Kind zu retten. Beide erholten sich nach kurzer Zeit.

Einbrecher haben am Montag in den frühesten Morgenstunden das Bureau des Verbandes der Väter heimgesucht. Als die Frau am Morgen das Bureau behufs Reinigung betrat, war die Thür und ein Fenster geöffnet, fast sämtliche Spinde waren erbrochen, ebenso beide Kassetten. Glücklicherweise haben die Diebe nur etwa 130 M. erbeutet, da am Sonnabend Abend noch eine Rechnung von 700 M. bezahlt worden war. Außer einer wertlosen Nadeluhr haben die Gauner noch 200 Marken des Wahlvereins für den 6. Wahlkreis, die zufällig in einem Schrank aufbewahrt wurden, mitgehen lassen, verwerten können sie diese natürlich nicht. Weitere Verluste sind nicht festgestellt worden. Die Spiegbuben müssen sich sehr sicher gefühlt haben, denn sie haben vermutlich den Raub sofort geteilt. 10 einzelne Pfennige lagen nach aufgepäht auf dem Tisch, die sie geringfügig liegen gelassen haben. Das nennt man Gaunerfolg. — Die Untersuchung ist auf Verdachtsgründe im Gange.

Angesehtes Kind. Am 28. Juli d. J. abends gegen 10¹/₂ Uhr wurde auf der Treppe des Hauses Krautstraße 26 ein etwa zwei bis drei Wochen altes Kind weiblichen Geschlechts aufgefunden. Das Kind war bekleidet mit einem weizenleinen Hemd und einem gestricelten Häkchen und in zwei Wickeltücher und ein Wickelband eingeschlagen. Personen, welche zur Sache irgend welche Angaben machen können, wollen sich im Polizeipräsidium, Zimmer 324, zu J. Nr. 7004 IV./27. 04 melden.

Der deutsche Arbeiter-Abstinenzband, Ortsgruppe Berlin, hat heute Mittwoch im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, eine Versammlung, in der Genosse S. Kayentien über „Rassenhygiene und Socialpolitik“ spricht. Diskussion. Herren und Damen als Gäste willkommen.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater hat am Montag seine neue Spielsaison eröffnet. Es ist die dreizehnte in Berlin. „Ich hatte nichts als diesen Stab, als ich über den Jordan ging, und jetzt sind unfre neunundsechzig!“ Dies biblisch-klassische Citat konnte über der Thür des Hauses stehen, allwo sogar zur heißen Sommerzeit sich ein Publikum zusammenfindet, das die alten, oft gehörten Späße belacht, als ob sie von heute wären, und wo auch jemand, den die berühmten Schläger kühl lassen, an den selbst in der Liebertreibung noch echt jüdischen Charakterzügen und ihrer famosen Darstellung seine Freude haben kann. Jüdische Wesen und Unwesen sind seit Menschengedenken auf der Bühne verurteilt, nicht ohne daß empfindsame Seelen in Israel darob ein mörderisches Geschrei erheben. Aber unter den Königskolonnen giebt es keinen Streit über die Frage, ob das Judentum bei den von den Gebrüder Herrnsfeld fabrizierten Stücken gut oder schlecht wegkomme; das Geheimnis dieser neutralisierenden Wirkung mag darin liegen, daß dem übertriebenen Bildsinn immer eine Messerspitze voll Sentimentalität beigemischt ist. Das stimmt den ohnedies zur Selbstironie neigenden Juden gemüthlich, läßt dem Antisemiten die kindische Freude an dem vermeintlichen Spott über die Schwächen der Kinder Israels und verschafft den Direktoren die unennbaren Wonne eines stets gut besetzten Theaters. Die Herren wissen sich jetzt ebenso sicher in der Gunst des Publikums wie die großen Jitzusdirektoren und sind wie diese längst Besitzer des Hauses geworden, in welchem sie ihre Künste vorführen.

Das Theater ist mit den beiden Schlägern der vorigen Saison „Nur eine Nacht“ und „Am andern Morgen“ wieder eröffnet worden. Die Besetzung war die alte, der Beifall nicht minder lebhaft als bei der ersten Aufführung.

Eine Unannehmlichkeit im Zuschauerraum giebt es zu rügen. Die Rücksichtslosigkeit vieler Damen, mit ihren mehr oder minder enormen Hüten anderen Leuten die Aussicht zu verdecken, wird auch von ungezogenen Exemplaren des starken Geschlechts nachgeefft. Das führt zu sehr unbehaglichen Auftritten. Die Direktion braucht heileibe keinen Garderobenzwang einzuführen, wohl aber sollte sie anordnen, daß die Besucher ohne Unterschied des Geschlechts die Kopfbedeckung abzunehmen haben.

Im Gartenvariété des Belle-Alliance-Theaters stellen sich am Montag eine Reihe neugewagter Spezialitäten vor, die sich sämtlich des regen Beifalls des Publikums erfreuten. Der japanische Jongleur G o d a i g o verblüffte durch sein erhabliches, müheloses Spiel mit Källen. Höchst drollig wirkte der Kalerathlet F i g l i o l a, der, während er allerhand ahistorische Kraftleistungen produzierte, als Schnellmaler Landschaften auf Papier zauberte. Viola de la Sera bewies als Excentric-Soubrette ihre munteren Künste, während Mlle. G a r o l d durch Vorführung ihrer brillant dreifertigen Köpfe die vielfach bekannte Intelligenz dieser Hunderasse in bellies Licht setzte. Der Besuch des prächtigen Gartens ist durchaus lohnend.

Niedliche Löwen-Pupples werden im Berliner Nord-Part, Müllerstraße 148, dem Publikum gezeigt. Die überaus niedlichen kleinen Bestien sind vor einigen Tagen von einer Löwin zur Welt gebracht worden, die den Domptisen Gebrüder Wigler gehört, die in dem genannten Part mit ihrer dreifertigen Löwen-Gruppe Vorstellungen geben. Aber sich gefahrlos den Genuss verschaffen will, lebendige Löwen streicheln und in den Arm nehmen zu können, findet im Nordpart dazu Gelegenheit.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichsfelde. Von der letzten Gemeindevertreter-Sitzung ist noch folgendes nachzutragen: Da in der Mädchenschule mit dem System der fliegenden Klassen nicht mehr auszukommen ist, stand zur Beratung: Aufbau eines Stodwerkes auf das Mädchenschulhaus. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben; die Arbeiten sollen sofort ausgeschrieben werden. Den leiblich chronischen Mangel an Lehrkräften sucht man dadurch zu mindern, daß Durchgangsthüren zwischen zwei Klassen angebracht werden sollen, damit eventuell ein Lehrer zwei Klassen beaufsichtigen kann. Genosse Binzler meinte farastisch: „Wenn ein Saal gebaut würde, der circa vier Klassen aufnahm, würden drei Lehrkräfte gespart.“ Vorher hatte lehrterer den Antrag gestellt, an Stelle des Aufbaues ein neues Doppelschulhaus zu bauen, da in der Anabensschule auch fliegende Klassen vorhanden sind, so daß die Aula schon ständig als Unterrichtsraum benutzt werden muß. Der Gemeindevorsteher bestritt das, mußte sich aber von unfrenzogenauer informierten Genossen eines Bessern belehren lassen. Auf unfre Anfrage teilte der Gemeindevorsteher noch mit, daß Verhandlungen mit Lichtenberg betreffend Zwedverband wegen Erbauung eines Krankenhauses noch nicht stattfinden konnten, da der dortige Gemeindevorsteher vertritt sei. Genosse V o r s d o r f regte an, auf dem Wilhelmshof Sibbänle aufzuzwickeln, damit Erholungsbedürftige nicht das Eisengitter als Sitzgelegenheit benutzen müssen. Unbegreiflicherweise wurde ein Bedürfnis hierfür nicht anerkannt.

Rixdorf. Eine Schieffaire spielte sich in der Raubenskolonie an der Hertfurts- und Weisstraße in Rixdorf ab. Der Arbeiter Max Walter, Steinmehltrage 38 wohnhaft, besitzt in der bezeichneten Kolonie eine Laube, die er sich vor circa 2 Jahren gemeinsam mit dem Schlächter August Rother aus der Pithenstraße 37 erbaut hatte. Später war die Freundschafft der beiden in die Brüche gegangen und so bewittschafte Walter das Raubensland allein. In einer der letzten Nächte nun war die Laube erbrochen und aus derselben verschiedenes gestohlen worden, was den W. veranlaßte, sich einen Revolver und Munition zu kaufen. Inzwischen stellte sich heraus, daß der Einbruch in die Laube von Rother ausgeführt worden war, der sich noch als Mitbesitzer fühlte. Als R. nun vorgestern nachmittag wiederum in der Kolonie erschien, um weitere Sachen aus der Laube fortzuschaffen, kam es zwischen ihm und Walter zu einem Streit, in dessen Verlauf W. den Revolver aus der Tasche zog und aus demselben einen Schuß abfeuerte, nach seiner Angabe

nur, um den gegen ihn tätlich werdenden Räuber zu erschrecken. Als R. sich der Waffe bemächtigen wollte, ließ W. davon ab und gab während der Flucht noch 4 Schüsse ab, von welchen zwei den R. trafen, und zwar wurden ihm zwei Finger der rechten Hand und die Stirn verletzt. Durch die Schüsse wurde die ganze Kolonie alarmiert. Mehrere der Kolonisten nahmen Walter fest und brachten ihn zur Polizeiwache, während Rafter nach der Infirmität XII geschickt wurde, wo ihm die glücklicherweise leichten Wunden verbunden wurden. Walter wurde wegen versuchten Totschlags der Kriminalpolizei vorgeführt, die eingeleitete Untersuchung fiel aber so günstig für ihn aus, daß er gestern vormittag wieder aus der Haft entlassen wurde, da er in Notwehr gehandelt hat. Die Mutter des Rafter gab auch die Erklärung ab, daß ihr Sohn keinerlei Anteil an der Laube habe, da sie dieselbe dem Walter, der lange Jahre bei ihr gewohnt hatte, geschenkt habe; mithin war R. gänzlich widerrechtlich in das Eigentum des W. eingebrungen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Bild aus dem Polizeistaat

wurde gestern vor dem Schöffengericht entrollt. Die Grundzüge dieses Bildes, welche durch die Verhandlung festgestellt wurden, sind diese:

Anlässlich der Stichwahl im Kreise Frankfurt-Lebus hatte Genosse Hoch, der Vertrauensmann des dritten Berliner Wahlkreises, durch eine Notiz im „Vorwärts“ diejenigen Genossen, welche bei der Hauptwahl in Frankfurt-Lebus thätig waren, zu einer Versprechung nach den Arminhallen eingeladen. Die Versprechung sollte lediglich darin bestehen, daß man sich darüber verständigte, in welchen Orten des Wahlkreises die erschienenen Parteigenossen am Stichwahltag zu arbeiten hätten. Ferner wurde den Wahlhelfern die Abfahrtszeit der Züge, die sie zu benutzen hätten, bekannt gegeben, und jedem die von ihm auszuführende Arbeit zugewiesen. Eine Erörterung der Wahl selbst oder der dabei in Frage kommenden politischen Gesichtspunkte war nicht beabsichtigt, hat auch nicht stattgefunden. Für die Einberufer lag also die Pflicht der polizeilichen Anmeldung nicht vor, die Zusammenkunft ist der Polizei deshalb auch nicht angezeigt worden.

Wie das nun im Polizeistaat ist: Die Polizei hat von den Rechten und Pflichten der Staatsbürger, namentlich wenn dieselben Sozialdemokraten sind, eine andre Auffassung, wie diese selbst. Bei der Aufmerksamkeitsleistung, mit der man auf der Polizei den „Vorwärts“ liest, war den Beamten die Einladung des Genossen Hoch natürlich nicht entgangen. Zwar konnte aus der Einladung niemand ersehen, ob Genosse Hoch öffentliche Angelegenheiten erörtern wollte, der Polizei war auch sonst keine Thatsache bekannt, die daraus schließen ließ, daß diese Versammlung hätte angemeldet werden müssen. Gleichwohl hielt sie es für ihre Pflicht, gegen die vermeintlichen Uebertreter des Vereinsgesetzes einzuschreiten. Und das geschah, wie vor Gericht festgestellt wurde, so: Zwei Kriminalschutze legten sich in den Garten der „Arminhallen“. Durch die offenen Fenster des im ersten Stock liegenden Saales hörten sie Stimmengewirr, auf ein Glodenzichen trat Stille ein, und das schien den Hütern der Ordnung der Beweis, daß jetzt die strafbare Handlung: Abhaltung einer der Polizei nicht angemeldeten Versammlung ihren Anfang nahm. Die beiden Kriminalschutze eilten zu dem auf der Straße harrenden Polizeileutnant v. Schnorrenfeld und dieser zog an der Spitze von zehn Schutzeleuten, die in der Nähe bei einem Brande Dienst hatten, in das Lokal. Der Leutnant betrat in Begleitung von zwei Schutzeleuten den Saal. Er sah eine größere Menschenmenge an Tischen und auf einem erhöhten Podium unsre Genossen Hoch, Pohl und Dimmid sitzen. Diese Beobachtung genügte dem Polizeileutnant, um festzustellen: hier wird eine Versammlung abgehalten.

Nun hat zwar jeder Preuze das Recht, Versammlungen nach Belieben abzuhalten, und die Polizei hat sich gar nicht darum zu kümmern, falls nicht in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten beraten oder erörtert werden sollen. Ob dies beabsichtigt war, stellte der Polizeileutnant nicht fest. Wie er vor Gericht sagte, war es für ihn die Hauptfrage, festzustellen, ob überhaupt eine Versammlung stattfand. Letzteres hielt er für erwiesen, weil Menschen im Saale waren und drei Personen auf einem Podium saßen.

Polizeileutnant v. Schnorrenfeld fragte den Genossen Hoch nach der Anmeldebefreiung. Eine solche war nicht vorhanden, der Polizeileutnant erklärte deshalb die Versammlung für aufgelöst. Die Anwesenden äußerten wohl ihre Verwunderung über das polizeiliche Einschreiten, wozu sie umsomehr Ursache hatten, als kurz vorher bei Gelegenheit der Hauptwahl in Frankfurt-Lebus eine ganz gleiche Zusammenkunft stattgefunden hat, die der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten bot. Uebrigens wußte auch Polizeileutnant v. Schnorrenfeld von dieser vorhergegangenen Zusammenkunft. Eine Aussage über die Gründe, weshalb die Polizei nicht gegen jene Zusammenkunft ebenso wie gegen die zweite eingeschritten sei, lehnte er unter Hinweis auf das Amtsgeheimnis ab.

Nach erfolgter Auflösung erickten sich die Anwesenden aus dem Saale. Ein Teil von ihnen ging jedoch in den Garten des Lokals, um den angebrochenen Abend beim Glase Bier zu beschließen. Als der Polizeileutnant das sah, beorderte er seine Beamten in den Garten, denn es war ja, wie er sagte, seine Aufgabe, die Fortsetzung der aufgelösten Versammlung zu verhindern. Nun trat der Wirt des Lokals, Paul Mieliy, den Schutzeleuten entgegen, er unterlagte ihnen, sein Lokal zu betreten, weil die polizeiliche Besetzung desselben eine schwere Schädigung seines Geschäfts bedeute. Der Polizeileutnant legte sich ins Mittel und es kam insolgedessen zwischen ihm und Mieliy zu einem Wortwechsel, der sich innerhalb der Räume des Lokals abspielte. Mieliy soll dabei durch lautes Schreien einen Straßenaufmarsch verursacht und dadurch großen Unfug verübt haben, ferner soll er der auf der Straße im Interesse der Ruhe und Ordnung an ihn ergangenen Aufforderung eines Polizeibeamten nicht Folge geleistet haben. Wegen dieses Vorganges ist Paul Mieliy wegen groben Unfugs und Uebertretung der Straßenordnung angeklagt worden. — Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes waren die Genossen Hoch, Pohl und Dimmid als angebliche Leiter einer nicht angemeldeten Versammlung, sowie die Wirte Paul und Richard Mieliy wegen Vergabe des Lokals zu derselben angeklagt.

Von der Beforderen Anklage wegen groben Unfugs und Uebertretung der Straßenordnung wurde Paul Mieliy freigesprochen, denn es erwies sich, daß die Menschenmenge auf der Straße nicht durch sein Schreien zusammengelaufen war, sondern vielmehr infolge des Anmarsches von zehn Schutzeleuten unter Führung eines Polizeileutnants, und daß infolge eines Brandes in einem Nachbarhause ohnehin eine große Ansammlung vorhanden war. Da Mieliy die Straße gar nicht betreten hatte, konnte er sich auch nicht gegen die Straßenordnung vergangen haben.

Hinsichtlich des angeblichen Vergehens gegen das Vereinsgesetz beantragte der Amtsanwalt gegen jeden der Angeklagten eine Geldstrafe von 20 Mark. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwält Berend, beantragte Freisprechung. Wenn man auch zugebe, daß eine Versammlung stattgefunden habe, so sei es doch keine anmeldepflichtige gewesen, denn es habe sich nur um die Verteilung der Arbeiten, um die technische Organisation der Wahlhilfe gehandelt, also nicht um öffentliche Angelegenheiten. Solche Zusammenkünfte zur Erledigung technischer Wahlarbeiten würden bei jeder Wahl von allen Parteien abgehalten und man habe noch nicht gehört, daß darin eine Uebertretung des Vereinsgesetzes erblickt wurde. — Das Gericht hielt eine Uebertretung des Vereinsgesetzes für vorliegend und verurteilte jeden der Angeklagten zu einer Geldstrafe von 15 Mark. Entscheidend war für das Gericht, daß Hoch die Genossen, welche bei der Hauptwahl im Kreise Frankfurt-Lebus thätig waren, zu einer Versprechung eingeladen hatte. Das Gericht nehme nicht an, daß alle auf die Wahl bezüglichen Angelegenheiten erörtert werden sollten, es halte aber schon die Versprechung über die Verteilung der Wahlarbeiten für eine öffentliche Angelegenheit, denn dadurch habe doch die Wahl des Kandidaten der Partei, welcher die Angeklagten angehören, unterstützt werden sollen. Ob solche Erörterungen thatsächlich stattfanden, darauf komme es nicht an, rechtlich sei nur erforderlich, daß sie beabsichtigt gewesen seien. Diese Absicht gelte aber aus der von Hoch im „Vorwärts“ erlassenen Einladung hervor. Hoch sei als Leiter der Versammlung anzusehen, Pohl und Dimmid hätten ihn in der Leitung unterstützt.

Das Schöffengericht hat den Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ so weit ausgedehnt, daß diese Rechtsauffassung sich nicht mit der des Kammergerichts deckt. Die Verurteilten werden deshalb selbstverständlich die höheren Instanzen anrufen.

Abgeordneter Dabach sendet diese Zuschrift mit dem Ersuchen um Aufnahme:

Der „Vorwärts“ hat am 23. Juli in seinem Berichte über eine Gerichtsverhandlung gegen den Inhaber eines Privatlogis in Berlin, der wegen Kuppelerei verurteilt wurde, erwähnt, daß der Angeklagte zu seiner Verteidigung angeführt hat, auch ich habe in dem Privatlogis gewohnt und Verkehr mit jungen Männern gehabt. Der Angeklagte wollte damit offenbar sagen, daß, wenn mir ein solches Treiben verborgen geblieben sei, das Gericht auch ihm glauben müsse, wenn er behaupte, daß er nichts davon gemerkt habe, und daß Besuche von jungen Leuten nicht immer auf einen unzüchtlichen Verkehr schließen ließen.

Dieses Privatlogis habe ich gefannt, ehe der jetzt verurteilte Inhaber desselben es bezogen hat; vor 5 Jahren wollte ich dasselbe für Klosterschwestern mieten und es war bereits der Mietspreis vereinbart, aber während meiner Verhandlungen mit den Ordensschwwestern wurde dasselbe an den jetzt verurteilten Inhaber vermietet. Da dasselbe unter andern 3 ruhige, hinreichend große nebeneinander liegende Zimmer, wie ich sie für mich und meinen Sekretär suchte, enthielt und nur 6 Minuten vom Abgeordnetenhaus entfernt

ist, bezog ich dasselbe im Sommer 1903 auf 14 Tage und vom 3. Dezember 1903 bis Ende Februar 1904. Selbstverständlich hatte ich vor dem Einzuge keine Ahnung davon, daß dort Ungeziemendes vorkomme, und habe auch während meines Aufenthaltes in dem Logis solches nicht wahrgenommen. Als mir die erste Meldung von Ungehörigkeiten gemacht wurde, habe ich sofort anderswo gemietet und bin baldigst dorthin gezogen. Besuch erhalte ich von Personen fast aller Altersklassen, welche meine Hilfe erbitten, um eine Stellung, ein Darlehen, eine Beförderung ihrer Beschäftigung u. dgl. zu erlangen. Daß ich nicht den Charakter dieses Logis gekannt habe, hat der „Vorwärts“ anfangs April gemeldet. Dadurch, daß er jetzt diesen Umstand verstreut, daß er im Berichte über einen solchen Prozeß überhaupt meinen Namen nennt, und die Besuche junger Leute bei mir erwähnt, kann die Meinung erweckt werden, auch ich hätte mir Unzüchtliches zu Schulden kommen lassen. — Ich weise diese Meinung zurück. Dabach, Abgeordneter.

Wir haben hierzu zunächst nur zu bemerken, daß wir den Bericht aufgenommen haben, wie er aus dem Gerichtsprotokoll an uns gelangt ist. Ein eigenes Urteil über die Angelegenheit haben wir nicht ausgesprochen. Red. d. „Vorw.“

Vermischtes.

Unbegründete Choleraergerichte. Auf einigen Stationen der Strecke Eisenach-Berlin wurde mit großer Bestimmtheit das sensationelle Gerücht kolportiert, in Leipzig sei die Cholera ausgebrochen. Die Verbreiter dieses Gerüchtes wußten sogar anzugeben, daß bereits vierzehn Personen der Genuß zum Opfer gefallen wären. Der Leipziger Stadtrat erklärt demgegenüber, daß von dem Auftreten der Cholera in Leipzig keineswegs die Rede sei. In Alt-Leipzig herrsche nach ärztlichen Feststellungen lediglich die Ruhr, die allerdings epidemisch aufträte. — Auch gegenüber den Gerüchten, die von dem Auftreten der Cholera in Hamburg etwas wissen wollten, teilt, wie ein Telegramm aus Hamburg meldet, die dortige Polizeibehörde amtlich mit, daß in Hamburg kein Cholerafall vorgekommen ist, und daß der Gesundheitszustand der Bevölkerung zu Befürchtungen in dieser Hinsicht nicht den geringsten Anlaß bietet.

Nischenunterkühlungen in der Armenkassa. Nachen, 2. August. Das „Echo der Gegenwart“ meldet, daß der Rentant der hiesigen städtischen Armenkassa, Kruecken, einen Fehlbetrag in Höhe von circa 85 000 M. zu Anzeige gebracht habe, der nach seinen Versicherungen aus einem Diebstahl aus dem Jahre 1894 herrühren soll. Den Fehlbetrag soll der Rentant, wie die Zeitung weiter meldet, durch Darlehen, die er sich von Privaten durch Deduktion des ihm angeblich gestohlenen Geldes zu verschaffen gewußt hat, und in letzter Zeit durch unrichtige Buchungen verschleiert haben. Kruecken habe sich der Staatsanwaltschaft gestellt; das weitere wird die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

Infolge der anhaltenden Dürre ist der Wasserstand der Elbe immer noch im Fallen begriffen. Da von den oberen Elbstationen noch kein Nachschub gemeldet wird, so ist ein weiteres Zurückgehen des Wassers noch zu erwarten. Bei dem niedrigen Wasserstande treten wieder die sogenannten „Hungersteine“ zu Tage, in die man jedesmal, wenn sie sichtbar wurden, die Daten mitbrachte. Das ist auch in diesem Jahre wieder geschehen. In der Nähe von Hohensee bei Magdeburg ist bei dem niedrigen Wasserstande ein „Hungerstein“ zum Vorschein gekommen, auf dem geschrieben steht: „1631. Wenn Ihr mich wiederseht, dann werdet Ihr weinen.“ Ihre Namen erhielten die Steine durch den Umstand, daß solche außerordentlich trockene Sommer Mähernten und Hungersnot mit sich brachten. In diesem Jahre wird zur Zeit in Schifferkreisen die Zahl derjenigen Personen, die durch das Festliegen der Frachtdampfer und Jollen auf den verschiedenen Wasserstraßen gegenwärtig erwerbslos sind, auf etwa 14 000 geschätzt.

Marktpreise von Berlin am 1. August. Nach Ermittlungen des kol. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**), gute Sorte 17,55—17,58 M., mittel 17,51—17,49 M., geringe 17,47—17,45 M. Roggen**), gute Sorte 13,85—13,83 M., mittel 13,81—13,79 M., geringe 13,77—13,75 M. Futtergerste**), gute Sorte 14,60—13,70 M., mittel 13,60 bis 12,70 M., geringe 12,60—11,80 M. Hafer**), gute Sorte 16,00—15,30 M., mittel 15,20—14,50 M., geringe 14,40—13,80 M. Gerste, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Speldeböden, weiße 50,00—28,00 M. Rinsen 60,00—25,00 M. Startofeln, neue, 12,00—7,00 M. Rischstroh 0,00—0,00 M. Den 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schock 4,00—2,40 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 1. August. Elbe bei Ausflig — 0,79 Meter, bei Dresden — 2,21 Meter, bei Magdeburg + 0,01 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,80 Meter. — Oder bei Ratibor — 0,63 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 4,44 Meter, bei Breslau Unter-Pegel — 1,58 Meter, bei Frankfurt + 0,14 Meter. — Saale bei Völsen — 0,18 Meter. — Nebe bei Ulf + 0,31 Meter.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 3. August 1904. Küher, vielach wollich mit etwas Regen und schwachen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Dem Schmael-Bruder und Vollenzähler Franz Wolf zum heutigen 35. Geburtstage die besten Glückwünsche.
1318 Mehrere Wasserträger.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Verehrung und der regen Teilnahme bei der Beerdigung unsres lieben Vaters, des Reglerungs-Baummeisters

Gustav Kessler

und für die kostbaren Blumen- und Kranzspenden, die am Grabe des Entschlafenen durch seine Freunde der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, sowie durch Deputationen der sozialdemokratischen Wahlvereine, vom Parteivorstand und dem „Vorwärts“ niedergelegt wurden, auch den Einfindern der Beileids-Telegramme, sage ich Hermit unsterblich dankbarsten Dank.
Im Namen der Familie
192/7 **Johanna Kessler.**

Englisch. Unterricht

(Konversation u. Anfangs-Unterricht) erteilt und Ueberrichtungen übernimmt 55162

Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 87, III

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Vorwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

G. Rauchecker

am 31. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 3. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von dem Ledwigs-Krankenhaus aus auf dem Neuen St. Nikolai-Friedhof am Mariendorfer Weg statt.

Rege Beteiligung erwartet
118/17 Die Ortsverwaltung

Danksagung.

Ziel ergriffen für das große Opfer der Liebe, welches die Kollegen durch Bildung eines Denksteines meinem Ramme darbrachten, kann ich nicht umhin für die überaus große Beteiligung bei der Enthüllung desselben den Kollegen und Frauen meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Ferner für die wunderschönen Blumenspenden und die ergreifende Rede des Herrn G. W. Darge, dem Centralvorstand der Zahlstelle I und dem Gesangsverein für den erhabenden Gesang meinen herzlichsten Dank.
69132

Frau Jahn u. Kinder.

Jeden Dienstag u. Donnerstag bis auf weiteres

Grosse Extra-Dampfer-Fahrten

mit Musik nach Sporthaus Ziegenhals am Grossen-See.
Abfahrt morgens 1/2 9 und nachmittags 2 Uhr von der Straalenbrücke, Ecke Wallenbrücke, Rahm u. Herber. Fahrpreis hin und zurück nur 50 Pfennig.
58742* **Max Mörschel.**

Bitte ausschneiden.

Jeden Donnerstag Dampferfahrt von Michaelbrücke nach der herrlich gelegenen

Dubrow und Klein-Koeritz

(mit großem Bildpark).

Abfahrt morgens 8 Uhr. Hin- und Rückfahrt 1.50. R. Tismer. 50122

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen

Baustellen in schönster Lage Nieder-Schönhausens an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trockenes Land, per □-M. von 85 M. an. 46162*
Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Achtung! Vereine! Achtung!

Für Sommer- u. Kinderfeste empfehlen: 64752*
Stoßlaternen, Fackeln, Schärpen, Kopfbedeckungen, Lampions, Dekorations-Guirlanden, Verlosungsartikel in großer Auswahl.
Garten, Senzen, Reglerpelle, Zuz- und Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen.

Gr. Auswahl, bill. Preise, coulantes Entgegenkommen.
Pohl & Weher Nachf.

1. Geschäft u. Versandabteilung: Berlin S., Neue Jakobstr. 8.
2. Geschäft: Berlin C., am Alexanderplatz, Alexanderstr. 51/52, I. Et.
Kataloge gratis und franco. — Versand nach ausserhalb prompt.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Soeben erschien in unserem Verlage

Saarabien vor Gericht.

Bericht

über den Prozeß Hilger gegen Krämer.

131 Seiten groß 8°. Preis 50 Pf. Porto 10 Pf.

Im Partiebezug für Agitationszwecke billiger.

Die Enthüllungen dieses Prozesses haben in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen hervorgerufen: das System der Vergewaltigung, Rechtslosigkeit und Entziehung der Arbeiter auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete ist allernählich entlarvt und in dem Bericht nach statistischer Niederschrift festgehalten. Eine „Einführung“ giebt die Vorgeschichte des Prozesses und zugleich einen Überblick über die sozialpolitischen Verhältnisse des Saarreviers und die von Staats- und Privatkapital gemeinsam betriebene Ausbeutung und Nechtung der dortigen Arbeiterklasse und ihre bisher unternommenen Befreiungskämpfe.
Der Verlag.

Buss' Salon

85 Grosse Frankfurter Strasse No. 85.

Empfehle den geehrten Vereinen u. meine Säle mit großem Naturgarten und Bühne zu Festlichkeiten und Versammlungen. Herbst-Sonnabende noch frei.

Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag: Großer Ball! 57672*

H. & P. Uder, Berlin SO. 10.

Engel-Ufer 5.

Tabakfabrik. 5660L*

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in

Cigarren, Cigaretten,

Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.

Amt 4, 3014.

Täglich: Billigste Dampfer-Extrafahrten

von der Michaelbrücke

nach Müggelwerder mit Musik. Abfahrt 9 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags. Preis für bleibende Gäste 30 Pf. hin und zurück. Sonst 40 Pf. Kinder die Hälfte. Sonntags einfache Fahrt 40 Pf. 67652*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9070.
Arbeitsnachweis Amt IV, 3353.

Montag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr, im gr. Saale der Brauerei Friedrichshain:

General-Versammlung der Verwaltungsstelle Berlin.

Tages-Ordnung: 1. Kassensbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des Zweiten Bevollmächtigten, des Revidenten, zweier Revisoren, eines Beisetzers; außerdem Neuwahl von vier Beamten. 3. Anträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 118/18

Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Cementbranche.

Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassierers vom 2. Quartal 1904. 2. Endgültige Beschlussfassung über die den Arbeitgebern zu unterbreitenden Forderungen. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. 148/13
Der Vorstand.

Central-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.

Sonnabend, den 6. August 1904:

Grosses Sommer-Fest zur Feier des 21. Stiftungs-Festes

in der Aktien-Brauerei Friedrichshain (früher Sipp).

Konzerl. & Feuerwerk. & Lebende Photographien. & Preiskegeln.
In beiden Sälen: Sommernachts-Ball.

Herrn, die daran teilnehmen wollen, zahlen 50 Pf. nach.

Damen-Ueberraschungen. Kinder-Belustigungen. Fackel-Polonaise etc.
Die Kaffeetische steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. 255/1
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Mittwoch, den 3. August 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Norden: Rosenthaler- u. Schönhauser-Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23-24.

Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstattkontroll-Kommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Besonders eingeladen sind die Kollegen der Firma Ullrich, Annamuel-Richter, 6, der Firma Bröde, Greifswalderstr. 30, der Firma Maaske, Kastanien-Allee 75. 87/9

Branche der Korbmacher.

Donnerstag, den 4. d. Mts. abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Krause, Kopenstr. 41:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Nicht aller Vertrauensmänner ist es pünktlich zu erscheinen.
Die Kommission.

Parkettleger.

Donnerstag, den 4. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten.

Jede Firma muß vertreten sein. Die Kommission.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

Wir erlauben die Kollegen in der heute abend 8 Uhr bei Keller, Kopenstr. 29 stattfindenden

Oeffentlichen Versammlung

vollständig zu erscheinen. 141/19
Der Vorstand.

Verein der Lithographen, Steindruckere u. Berufsgenossen.

Filiale I. Berlin.
Freitag, 5. August, abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal VIII):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Quartals- und Kassensbericht. 2. Bericht der Delegierten von der General-Versammlung in Dresden. 3. Diskussion.
Wichtiges Erscheinen der Mitglieder notwendig. 125/8
Die Verwaltung. S. H.: Joh. Haas.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Sektion der Gips- und Cementbranche.

Der Bau-Zeichnermeister Rabitz, ist für sämtliche Radfahrer wegen Lohnhöherungen gesperrt.
Wir erlauben die Kollegen, den Bau zu melden. 148/4
Der Vorstand.

Bericht, Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Achtung! Gewerkschaften! Achtung!

Heute, Mittwoch, den 3. August 1903, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung aller dem Berliner Gewerkschaftskartell und der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen von Berlin und Umgegend in Kellers Festsälen, Kopenstrasse 29.

Tages-Ordnung:
1. Parlamentarismus und Generalstreik. Referent: Genosse Dr. R. Friedberg. 2. Diskussion.
3. Der 1. Mai als Weltfeiertag und die Stellung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Referent: Genosse F. Kater. 4. Diskussion.
Die Mitglieder obgenannter Gewerkschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie in dieser Versammlung erscheinen müssen; es gilt der Arbeiterkampf der ganzen Welt zu bekunden, auf welchem politischen wie gewerkschaftlichen Standpunkt unsere Vereinigung steht!
Der Ausschuss des Berliner Gewerkschaftskartells. S. H.: Jonny Hinrichsen.
Die Geschäfts-Kommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. S. H.: Fr. Kater.

Holzbildhauer!

Donnerstag, den 4. August 1904, Engel-Ufer 15 (Saal 7):
Branchen-Abend.

Tages-Ordnung: Wie stellen wir uns zu dem Abschließen des Vertrages durch die Holzindustriellen und die Tischlerinnung?
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist dringend notwendig. Der Vorstand. 22/2

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Alleiniger Bundesverein innerhalb Berlins des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

An die radfahrende Arbeiterschaft Berlins!

Auf dem diesjährigen Bundestage (Pflingten zu Erfurt) obgenannten Bundes wurde beschlossen, daß zukünftig an jedem Orte nur ein Bundesverein bestehen soll. Es wurde dieser Beschluß deswegen gefaßt, um endlich der lächerlichen, keimigen Vereinsgründerei und Vereinsmücherei entgegenzutreten. Wie gerechtfertigt dieser Beschluß war, das zeigen folgende Beispiele: Bis dato bestanden in Berlin 19 Bundesvereine und zwar Vereine von 250, 130, 95 bis herab zu 10 Mitgliedern. Währenddem die größeren Vereine bemächtigt waren, bei einem niedrigen Eintrittsgeld von 75 Pf. und einem monatlichen Beitrag von 30-40 Pf. auch möglichst Gegenleistung zu bieten: wie Arbeitslosen-Unterstützung bei sonntäglichen Ausfahrten, Enthebung Arbeitsloser vom Beitrage etc., damit es jedem radfahrenden Arbeiter möglich war, Mitglied des Bundes zu werden, handelten die kleineren Vereine entgegengesetzt und zwar indem sie bei hohen Eintrittsgeldern von 2-3 R. und einem monatlichen Beitrage bis 1,50 R. allerhand unnütze Vereinsabgaben, feierliche Banner und dergleichen Zierereien ihren Mitgliedern leisteten; es somit vielen unfer radfahrenden Arbeitsbrüder unmöglich machten, sich unserem Bunde anzuschließen. Nachfolgende Beobachtungen beweisen, daß dementsprechend die großen Vereine an Mitgliedern zunahmen, während die kleineren Vereine knapp ihren Mitgliederbestand behaupteten resp. baldigt das Zeitliche segneten. Man sollte nun meinen, daß sämtliche Vereine, speziell die kleineren Vereine, obigen Bundestags-Beschluß mit Freuden begrüßt hätten; dem ist aber nicht so. Während die größeren Vereine obigen Beschluß verpöbelten, ihre Vereine auflösten und sich dem am 1. Juli d. J. gegründeten und momentan 700-800 Mitglieder starken „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“ angeschlossen, sahen sich die kleineren Vereine veranlaßt, ihre Vereinsmücherei weiter zu treiben und obendrein einen neuen Bund mit dem Namen „Freiheit“ zu gründen. Die Zukunft wird ja lehren, wer erstensfähig ist: der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ mit 21 000 Mitgliedern, oder der Bund „Freiheit“ mit 125 Mitgliedern.

Als unsre Ehrenpflicht erachten wir es nun, die Arbeiterschaft Berlins über die Neugründung des Bundes „Freiheit“ etwas Aufklärung zu geben. In derselben Weise, wie es der Vorstand des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ in der letzten Sonnabend-Annonce des „Vorwärts“ getan hat, ebenso rufen wir den Arbeiter-Radfahrern allerorts, die reiflichsten Anknüpfungen des Bundes „Freiheit“ mit Vorlicht aufzunehmen und sie auf ihren tatsächlichen Inhalt zu prüfen. Folgende Stellen sollen beweisen, daß der Bund „Freiheit“ nicht das selbste kann, was er verspricht. Der Bund „Freiheit“ zählt zur Zeit 125 Mitglieder und erstreckt sich über Berlin und Niddorf, also nicht über ganz Deutschland, wie diese Leute schreiben. Bei 20 Pf. monatlichem Beitrag will dieser Bund seinen Mitgliedern bieten: Eine Unfallunterstützung von 6-9 R. pro Woche. Woher aber dieses Geld nehmen, wenn in dem ach so schlaffen Bundesbeitrag nichts vorhanden ist und zur Zeit eine gewaltige Unterbilanz herrscht. Eine keine Ausstellung wird dieses beweisen: Der Bund „Freiheit“ besteht seit Juni d. J., bei 125 Mitglieder pro Monat 20 Pf. ergibt für Bund und Fall eine Einnahme von ca. 50 R. Ausgaben demgegenüber: 5 bis 6 Inzerate im „Vorwärts“ und auswärtigen Zeitungen ca. 120-130 R., Postis und Druckkosten ca. 30 bis 40 R., Gesamtansgabe ca. 150-170 R. Einnahme ca. 50 R. —? Erkläre mir, Graf Darnbur, diesen Zwiespalt der Natur! In derselben maßgebenden Weise verhalten die Führer der „Freiheit“, daß das erste Tausend Bundesabgehenden zur Ausgabe gelangt, währenddem nur 300 Stück angefertigt worden sind, und dieselben aber nur 125 Stück bedürfen.

Wir können nun auch nicht gut umhin, das interessanteste an der ganzen Sache den werten „Vorwärts“-Lesern vorzutragen: Jeder denkende Mensch legt seine Ehre daran, bei Neugründung irgend einer Sache auch etwas eigenes Hirnschmalz zu verarbeiten, dieses trifft hier keineswegs zu; praktisch verstanden die Führer der „Freiheit“ in der letzten Sonntags-Annonce des „Vorwärts“, daß sämtliche Einrichtungen dem Arbeiter-Radfahrer-Bunde „Solidarität“ entnommen sind. Diese Herren machen somit der Darnbüschen Lehre alle Ehre.

Nun, Berliner Arbeiter-Radfahrer, wist Ihr, wem Ihr eure eventuelle Mitgliedschaft zuzuwenden habt. Schließt Euch dem „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“ an, resp. dem Bunde „Solidarität“, hier wist Ihr bestimmt, daß eure Radfahrer-Interessen aufs künftige vertreten und das, was man verspricht, auch gehalten werden kann, denn 21 000 Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ stehen hinter Euch.

Der Vorstand des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins

S. H.: A. O. Ritter, Christenstraße Nr. 33.

NB. In den nächsten Tagen erfolgt ein weiterer Artikel von seiten unsres Bundes resp. Bauvorstandes.

Der Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein ist zur Zeit in neun Abteilungen geteilt und zwar folgendermaßen:

- I. Abteilung: Centrum, Friedrichstadt, Westen und Südwesten. Abteilungsleiter: Gastwirt Kunkle, Bülowstraße 59. Versammlung: Jeden ersten und dritten Freitag im Monat bei Kunkle, Bülowstraße 59.
- II. Abteilung: Abteilungsleiter: Ad. Strandfeld, Jossenerstraße 4. Versammlung: Jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat bei Voigt, Ritterstraße 75.
- III. Abteilung: Abteilungsleiter: Ad. Vogel, Kastanienstraße 36. Versammlung: Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat bei Ullrich, Kammstraße 6.
- IV. Abteilung: Abteilungsleiter: S. Wirth, Grüner Weg 64. Versammlung: Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat bei Weckowsky, Andreadstraße 26.
- V. Abteilung: Abteilungsleiter: Mich. Krohn, Köpckestraße 3. Versammlung: Jeden ersten und dritten Freitag im Monat im böhmischen Brauhaus, Sandberger Allee 11/13.
- VI. Abteilung: Abteilungsleiter: Wih. Pösch, Schlemmerstraße 22. Versammlung: Jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat bei Wernau, Schwedterstraße 23/24.
- VII. Abteilung: Abteilungsleiter: Paul Paubel, Hedomstraße 8. Versammlung: Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat bei Knade, Stolbergerstraße 21.
- VIII. Abteilung: Abteilungsleiter: Gust. Stark, Bremerstraße 53. Versammlung: Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat bei Hüfer, Waldstraße 8.
- IX. Abteilung: Sektion der Bäder. Versammlung: Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags 3 Uhr, Gipsstraße 2.

In den Versammlungen sowie bei sämtlichen Abteilungsleitern werden Mitglieder aufgenommen. Das Eintrittsgeld beträgt 75 Pf., hierfür wird das Bundesabgehende geliehen, monatlicher Beitrag für männliche Mitglieder 35 Pf., für weibliche Mitglieder 25 Pf. Dafür bieten wir resp. der Bund folgendes: 1. Unentgeltliche Lieferung unsres Bundesorgans „Der Arbeiter-Radfahrer“. 2. Bei Rabunfällen, wo Erwerbsunfähigkeit eintritt, im ersten Jahre der Mitgliedschaft pro Woche 6,00 R., im zweiten Jahre 7,50 R., darüber 9,00 R. 3. Zollfreie Grenzüberquerungen nach dem Ausland. 4. Kostenloser Rechtsschutz. Weiterhin kann den Mitgliedern aus der Vereinskasse gewährt werden: Bei sonntäglichen Ausfahrten den arbeitslosen Mitgliedern nach halbjährlicher Mitgliedschaft 2 R., resp. bei halber Tagesstour 1 R., Befreiung von Beiträgen nach vierwöchentlicher Arbeitslosigkeit etc. Das Unterhaltungsweesen wird nach dem Bestum des Vereins auch weiter ausgebildet werden. Die sonntäglichen Ausfahrten werden freitags im „Vorwärts“ bekannt gegeben. Die Generalversammlungen des Vereins finden jeden vierten Mittwoch im ersten Monat des Quartals statt.

Der Vorstand.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. Hochentags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8.

Die Gemeinschaft der Eigenen

Kaplan Dabach

und die Freundesliebe.

20 Pf.

Diese kleine Flugchrift ist ein neuer interessanter Beitrag über das Weiden der rein physischen Homosexualität und ein wertvolles Dokument für die Abschaffung des § 175 des Strafgesetzb. Sie ist von der Berliner Polizei für den Straßenhandel verboten worden. — Karl Schmidt hat in der Zeit am Montag eine ausführliche Besprechung über sie gebracht.

Pastor Philipps

und die Sittlichkeit.

10 Pf.

Eine Zeit unstilliger Angriffe und Schimpereien in der reaktionären Presse ist die einzige Antwort auf diese Schrift gewesen. Sie richtet sich gegen den heiligen Götterbesitzer, der jetzt den internationalen Sittlichkeitskongress nach der heiligen Stadt Köln berufen hat. 5578/2*

Die Straffreiheit

der gleichgeschlechtlichen Liebe.

10 Pf.

Sämtliche Schriften sind direkt zu beziehen gegen Vorkasse bei dem Verleger und Vorleser von: Adolf Brand, Charlottenburg, Wilhelmplatz Nr. 1a.



Dr. Simmel, Prizon

Specialarzt für Haut- und Narbenleiden. 119/1*
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Achter Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen u. verwand. Berufsgenossen Deutschlands.

Dresden, 1. August.

Erster Sitzungstag.

Im Saale des Volkshauses traten die Delegierten des Verbandes zur Beratung einer reichhaltigen Tagesordnung zusammen. Es sind 60 Delegierte anwesend. Außerdem die Vorstandsmitglieder und als Vertreter des Auslandes Smitka, Wien, Venker, Fern, Kohn, Budapest und Krup, Kopenhagen.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist ersichtlich, daß der Verband gegenwärtig 21 700 Mitglieder in 340 Filialen zählt. Danach ist eine Mitgliederzunahme gegen den Stand am Schluß des Jahres 1901 bis zum Schluß des Jahres 1903 um rund 5000 Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Einnahmen des Verbandes betragen während der letzten Geschäftsperiode 457 062,47 M., denen Ausgaben von zusammen 301 051,85 M. gegenüber standen, so daß ein Kassensaldo von 106 010,62 M. vorhanden war.

Der Arbeitgeberverband zeigt sich in dieser Richtung so, daß man gegen diese nicht besonders optimistisch sein könnte. Der Verbandstag müsse sich aber in principiellem Sinne bestimmen erklären, ohne sich bezüglich der einzuschlagenden Taktik festzulegen.

Die weiteren Ausführungen des Redners behandelten zum größten Teil Verbandsinternes. Die übrigen Vorstandsmitglieder lasen ihre mündlichen Berichte sehr kurz, auf die gedruckt vorliegenden Berichte verweisend.

Stühmer, Vorsitzender, stellt dementsprechend richtig, daß der Vorstand die von Zeile hervorgehobenen Momente nicht bei seiner kritischen Haltung im Auge gehabt hätte.

Stühmer, Vorsitzender, stellt dementsprechend richtig, daß der Vorstand die von Zeile hervorgehobenen Momente nicht bei seiner kritischen Haltung im Auge gehabt hätte.

Verfammlungen.

Verband händischer Arbeiter. Die Sektion IV (Englische Gaststätten Berlin und Umgegend) hielt am 25. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab.

Rehkopf auf das schärfste verurteilt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heut am 25. Juli in Giesings Saal stattfindende Versammlung der organisierten Arbeiter familiärer Englischer Gaststätten protestiert entschieden gegen die neuerlich durch Herrn Inspektor Rehkopf betriebene Bekämpfung der Organisation.

Der Fachverein der Tischler hielt am 20. Juli seine Generalversammlung im „Fürstlichen“ Höpferstraße 137, ab.

Die heut am 25. Juli in Giesings Saal stattfindende Versammlung der organisierten Arbeiter familiärer Englischer Gaststätten protestiert entschieden gegen die neuerlich durch Herrn Inspektor Rehkopf betriebene Bekämpfung der Organisation.

Weidenfer. Am 19. d. M. hielt der hiesige Socialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung im Lokal „Zum deutschen Kaiser“ ab.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. Alexandrinerstr. 26, Gartenhaus.

Sitzung haben Mittwoch: Rede und Diktierklub. „Edelst“, Töllsdorf, Görlitzerstr. 58.

Arbeiter-Wanderbund Berlin und Umgegend. Änderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an Albert Liebert, Vorkämpfer.

Kumte, Bülowstr. 59. Abteilung III, jeden 1. und 3. Mittwoch bei Tischaußf. Raungr. 6. Abteilung IV, jeder 1. und 3. Mittwoch bei Westonsk.

Arbeiter-Radfahrerband „Freiheit“. Geschäftsstelle bei F. Her, Weinstr. 3, I. „Conter“, jeden 1. und 3. Mittwoch bei Schütz (Berolina-Säle).

Deutscher Arbeiter-Abkünter-Bund. Ortsgruppe Berlin. Versammlung jeden 1. und 3. Mittwoch im Ronal im Englischen Garten, Alexanderstr. 27e.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindef-Socialismus. Herausgeber Dr. Albert Schäfer, Berlin W. 15.

Briefkasten der Redaktion.

R. S. Krahstr. Der Artikel ist redaktionell. — R. S. 100. Feuertigkeit und Sonne. Juristischer Teil. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7- bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 3. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues königl. Opern-Theater.
Die Hebräer.
Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter, Togniani, Humoristen.
Zum Schluss: Ein Volterabend- scherz bei Reutenants.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die weiße Dame.
Weihen. Liebeshandel.
Veritiner. Papstentwurf.
Central. Die Kamellen. Räuschen und Rätsel. Dame Rätes Abschied. Jochen Häsel. Ein kleiner Beamter.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Reichshallen. Die 300 Tage.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Apollo. Venus auf Erden. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Großstadt-gaude.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Tera Semmeloff. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die Weltausstellung in St. Louis.
— An den Seen Oberitaliens.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.) Moritz-Oper.
Mittwoch abend 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel.
Die weiße Dame.
Römische Oper in drei Akten von F. A. Boletien.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Prophet.
Freitagabend 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel.
Der Troubadour.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum 4. Male:
Der polnische Jude.
Der Sommergarten ist eröffnet.
Am Garten des Schiller-Theaters N. täglich großes Militär-Konzert.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtsydl.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: **Fräulein Julie.**
Central-Theater
8 Uhr: Einakterabend aus Fritz Reuters Werken: 1. Die Kamellen. 2. Räuschen und Rätsel. 3. Dame Rätes Abschied. 4. Jochen Häsel. 5. Hässiges letztes Ständlein. 6. Ein kleiner Beamter.
Emil Richard, Igl. Hofschauspieler, a. G.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Residenz-Theater.
Heute u. folgende Tage:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gevaull u. Robert Charvot. Deutsch v. H. Palm.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: **Einen Jux will er sich machen.**

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

7 1/2 Uhr: **Gr. Gartenkonzert.**
8-9 1/2 Uhr:
Letztes Auftreten der Jull-Spezialitäten.
Robert Steidl
mit neuem Repertoire.
9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von **Paul Lincke.**

Belle-Alliance-Theater.

Am Theater abend 7 1/2 Uhr:
Wegen des unbestrittenen großen Erfolges bis 14. August:
Winter-Tognians Humoristen
Urkomische Szenen und Possen!
Zum Schluss: Ein Volterabend-scherz bei Reutenants.
Im Sommergarten von 6 Uhr an:
Curt Goldmann-Konzert.
Von 8 Uhr an: Vollständig neues glänzendes Spezialitäten-Programm.

Herrnfeld-Theater.

(XIII. Berliner Winter-Salon.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donald Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-9 Uhr.
Der große Kataloggarten ist geöffnet.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Zum Schluss:
Hans Tapps.

Urania.

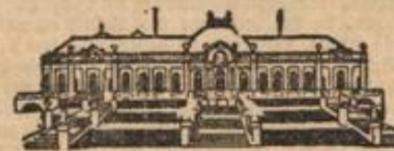
Taubenstr. 40/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf:
An den Seen Oberitaliens. Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: **Der See-Elefant.**
Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder die Hälfte.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: **Der See-Elefant.**
Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder die Hälfte.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Gente: Sonderabend.
Vollständig neue Spielfolge.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Freitag, 5. August: Benefiz Ed. Wondt.
Avi! Sonnabend, 27. August.
für Vereine frei.

Landes-Ausstellungs-Park.

Täglich: Doppel-Konzert.
Dejenners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an.
Neu erbaut: Fontaine, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.

Neue Welt.

Hasenheide 108/114. Arnold Scholz.
Mittwoch, den 3. August 1904:
Großes Ernte-Fest
verbunden mit Ernte-Festzug, Bondonregen, Fackel-Volantise und Gratis-Verlosung wertvoller
goldener Damen- und Herren-Uhren.
Ansprachen des Amtmanns Pelle und des Schulmeisters Quasselich. 58482
Gala-Spezialitäten-Vorstellung. Gr. Erntefest-Ball
Das sensationelle August-Programm. bei stark besetzt. Orchester.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pfennig.

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Artistic Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regelpaläste, Büchereibuden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Reichshallen-Theater.

Nun wieder täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 7 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Passage-Panoptium.

Das Bärenweib. lebend.
Der 16-jährige Riesenknabe
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Anemos, Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Der unverwundbare Fakir!
Italienisches Original-Orchester.
Damen und Herren.
Der Kampf um Port Arthur.
gr. akt. Spektakel-Schauspiel.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonnabend: **Tanz.**
im Kaiseraal.

Bernhard Rose-Theater

Gefundenbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Paul Coradini, Berliner Liebling.
Arthur Wolf, Grotesque-Komiker.
Curt Ellis, best. Verwandlungskünstler.
The Merinos, Bühnensportler.
Der Neubau mit Hindernissen
Große komische Pantomime. 20 Pers.
Am Saal: **Ball.** Anf. 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Benefiz für **Schauspiel-Personal!**
Nur einmalige Aufführung:
Die Tochter der Hölle
oder: **Durch Nacht zum Licht.**
Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche: 3 Uhr. Ball.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

F. Kolwig's Restaurant u. Garten

Grosse Frankfurterstr. 99, am Straußbergerplatz,
empfiehlt seine Festäle u. Vereinszimmer für Privat-, Vereins-Festlichkeiten u. Versammlungen bis 150 Personen fassend, zu folgenden Bedingungen. Tägl. musikal. Unterhaltung. ff. Weissbier. Speisen zu kl. Preisen. Telef. Ami 7, 8591.

Passage-Theater.

La belle Georgette,
Flammen- und Radium-Tänzerin.
Nantva, japanische Truppe.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Schweizer-Garten

am Königspl., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: **Theater**
II. **Specialitäten-Vorstellung,**
Volksbelustigungen und Ball.
Jeden Abend: **Liesecke in Italien.**
10 U. : Gefangenspoße m. Tanz v. 2. U. U.
Jeden Mittwoch: **Kinderfreudenfest.**
Entree 30 Pf.
Sonnab., 13. Aug., ist für Vereine frei.

Cirkus Sarraiani.

Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:
Mr. Nelson
das menschliche **Känguruh.**

Diez' Specialitäten-Theater.

Landberger Allee 70/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Ab 1. August zum Totlachen:
Vollständig neues, konkurrenzloses Riesenprogramm, ca. 35 Nummern.
u. a. mit köstlichem Beifall: Drig.: **Fritz Brand, Humorist.**
Tom & Blisley, Unbewachte Momente zweier Jungs. Uffo.
Kaffeeküche. Volkshelustigungen. Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Berliner Präter

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: **Vineta.**
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer vor vermieten.
Satanello-Trio. Wardinis.
Clown Steffi. Ball, Konzert, Spezialitäten. Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Pfundfleischhand Weidenweg 19
verkauf! spottbillig verfallene Vänder.
Ferner: Betten, Bettwäsche, Bett-
leiste, Herrenwägen, Damenwägen,
Herrenkleider, Damenkleider, Schu-
dsachen, Trauringe, Jackenanzüge,
Damenstiefel, Steppdecken, Gardinen,
Leppische, Regulatoren, Freischwinger,
Spiegel.
Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 137*
Leppische! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Leppischlager Brünn, Sackgasse
Markt 4, Bahnhof Börse. 142/12*
Sofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstraße 35 b. 23612*
Fräulein Teilschlungen, hundert-
fünfzig Mark, Invalidenstraße 148
(Gangweg Bergstraße), Sackgasse
straße 40, Große Frankfurterstraße 54.
Leppische mit Herbeschleimfabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 137*
Tambourier - Maschinen „Goe-
menner“, alleinst. Fabrikant G. Bell-
mann, Goltzowstraße 20, nahe der
Landsbergerstraße. 23738*
Sportbillig. Leppische, Betten,
Steppdecken, Gardinen, Portieren,
Kommotoren, Uhren, Regulatoren,
Näsel, Spiegel, Bilder. Leppich-
haus Reanderstraße 6. Teilschlungen
geklattet. 18/3*
Gastocherhand! Einloch-Gast-
ocher! 0,80. Zweifloch-Gastocher! 1,00.
Dreifloch-Gastocher! Gasbratpfanne! 6,00.
Gasbügelpfanne! Gasplättchen spott-
billig! Kochlauer, Wallnerstraße-
straße 32. 28*
Gegenheit. Mottos Seiten-
geschicht mit Grünbaum, Dreibräde,
kollektive Größens nachweislich. Müller,
Frankfurterstraße 91. 1276

Gochvornehme Herren-Anzüge.
Paletots, Beinleider, vorzüglich aus
einigen Rohstoffen, spottbillig. Deut-
sches Versandhaus, Jägerstraße 63,
eine Treppe. 23559*
Bronzegastone! dreifach!
6,00. Waschere 1 1/2. Schauenster-
Kochblech spottbillig. Bohlaner,
Ballnertheaterstraße 32. 16*
Fabrikgrundstück. herrschaftliches
Vorderhaus, große Stellung in der
Röhre Alexanderplatz billig zu ver-
kaufen. Adresse: Bernwalder D. Dud-
wyl, Lindenstraße 65. 142*
Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten,
Leppische, Steppdecken, Gardinen spott-
billig. Lude, Dranienstraße 131.
Cybergläser, Koffer, Revolver,
Leppische, Hütern, Harmonikas,
Belgen spottbillig. Lude, Dranien-
straße 131. 1105*
Reichzeuge, Uhren, Ketten, Ringe,
 Brillanten, Goldschmuck, Regulatoren,
spottbillig. Lude, Dranienstraße 131.
Steppdecken billigst! Gebrit Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 137*
Dame verkauft sofort Panee-
lgarnitur, Trumeau, Leppisch, Tisch,
Uebergardinen umständelhalber, noch
neu, Kleiderstraße 28, hochparterre.
Beschäftigung bis 5. Doppel. 117/9
Nähmaschinen aller Systeme
ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. fünf
Jahre Garantie. Unterricht im
Sticken, Stopfen gratis. Volkstare
genügt. Dienerstraße 6, Kler-
straße 113, Bellealliancestr. 78. 1355
Nähmaschine, große Bobbin,
Reizzahlert gelehrt. Portier, Remer-
lerstraße 34, 1. Seitenflügel parterre.
Umkleehelber Nähbaumweil-
schiff spottbillig, darunter Tisch-
garnitur, Paneele, Tischläche,
Klosettschüssel, 32, I. Ant. 1355
Anzahlung 0,50, Böfche, Gardinen,
Kleiderstoffe, Kradach, Mariannen-
straße 24. (Postkarte.) 1120

Wingschiffen, Bobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauchte 12,00. Köpferstraße 60/61,
Brenzlauerstraße 59/60 und Große
Frankfurterstraße 43. 197*
Zum Schulanfang empfehle schwarze
Banana- und graue Vulkurfarbene,
H. Bürger, Königsbergerstraße 5-6.
Gutgehendes Gemälde, Holz- und
Koblengeleiste zu verkaufen Gneisenau-
straße 58. 1365*
Dame verkauft Kleidergramm 15,00,
Volterstraße 3,50, Kuchelstraße 50,00,
Schlafsofa 25,00, Nähmaschine 15,00,
Bilder, Regulator, Leppisch, gefüllte
Trumeau 33,00, Chaiselongue 10,00,
elegante Salongarnitur 98,00, Kuchel-
schmuck 3,00. Brantente Ge-
legenheit. Gefautes kann stehen
Köpnickerstraße 126a, I. 1335

Schöne passende Lokalitäten für
alle Sportclubs, Athleten-, Theater-,
Belager-, gefällige Vereine. Regel-
bahn Stunde 0,80 Schwedterstraße 23.
Rechtsbureau (Alexander-Platz),
Kurzestraße achtzehn! Gerichtssachen,
Eingabengesuche! Katerstellung!
Zimmer für Vereinsführung,
Familienfeste Oberwallstraße 29.*
Rechtsbureau, früherer Gerichts-
beamter, Schulstraße 2. 190
Saal und Vereinszimmer für
Festlichkeiten und Versammlungen
frei. Sannastr. Inselstraße 10. 774*
Pfandliche Werdstraße 27.*
Rechtsbureau. Katerstellungen,
Strafsachen, Eingabengesuche, Unfall-
sachen. Besch. Brunnenstraße 97.*
Rechtsbureau! Brunnenstraße
vierzig. Langjähriger Prozessbeistand,
Eingabengesuche, Katerstellung (offe-
nillig). 1245*
Rechtsbureau! (Andreasplatz),
Gelehrter vierundzwanzig. Lang-
jähriger! Erfolgreichste! 1145*
Gobellbänke, Werkzeug kauft Otto,
Palladenstraße 72. 1976
Rechtsbureau Liebigstraße 6.
Prozesssachen, Strafsachen, Zahlungs-
befehle, Strafverfahren, Eingab-
gesuche. Erfolgreich! 1975
Platina, alles Gold, Silber,
Bruchgold, Gebisse, alte Uhren, Pland-
scheine, alte Treffen, Blattgold, Re-
gold kauft Goldschmelze Drob, Brang-
straße 4. 24312*
Vereinszimmer mit Piano für
60 bis 100 Personen noch frei.
Spanenberg, Reimingerstraße 13.*

Mühlenstraße 8, nahe Station
Barthauerstraße und Schallauer Thor,
find vom 1. Oktober billige Woh-
nungen von 2 und 1 Stube mit Zu-
behör zu vermieten. Näheres da-
selbst beim Verwalter, 8-10-2-8.*
Schlafstellen.
Teilnehmer für möblierte Schlaf-
stelle sucht Witwe Jacoben, Kolberger-
straße 26.
Teilnehmer zur möblierten Schlaf-
stelle gesucht. Schuster, Berlin, Berg-
straße 63.
Möblierte Schlafstelle, auch Teil-
nehmer zum möblierten Zimmer,
Dresdenerstraße 58, III rechts. 27416
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Komiker Eisholz, Gropiusstraße 7.
Volkshumorist Schmelzer, Kögner-
straße 10. 7103*
Stellenangebote.
Treppbauer, selbständige, und
Schloßergesellen verlangt Schloßerei
H. Blume, Charlottenburg, Schiller-
straße 97. 1236*
Schloßergesellen auf Thürnenbau
verlangt H. Blume, Charlottenburg,
Schillerstraße 97. 1115*
Grundrieger verlangt Rosenow
u. Co., Schmidtstraße 6. 1974
Farbmacher verlangt Lichter-
berg, Herzbergstraße 125. 7141
Zimmerleute werden gesucht.
Bangelellschaft für Lotat-Betonen,
Dan Magazinstraße 15. 1265
Korbmacher für Gefäßarbeit und
Weidenkörbe suchen Besch u. Dame,
Kleiststraße 6. 1296
Schloßer auf Gitter und Kon-
struktion verlangt Heimlich, Haupt-
straße 149. 1285

Zwei Korbmachergesellen auf grün-
quater Lohn, sofort gesucht von Pieper,
Lichtenrade, Bergstraße 1a. 1325
Einem Korbmachergesellen suchen Kleise
u. Schmitz, Pflanzengasse, Seefische 77.
Tüchtige Bergelder, Farbmacher,
Besilberer, Balger und Grundrieger
nach Beckenburg. Bei guten Löhnen
dauernde Beschäftigung. Offerten mit
Angabe der bisherigen Tätigkeit er-
suchen unter N. 8 an die Expedition
des „Vorwärts“, Lindenstraße 63, ab-
zugeben. 1345
Korbmachergesellen auf Thür-
nenarbeit finden dauernde Beschäftigung.
Kocher, Weihen, Goethestraße 13.
Tüchtige Tischler und Tischler für
Dan und inneren Ausbau verlangt
Tischlerer Zellmerstraße 53. 1105
Tüchtige Arbeiterin auf Knob-
anlege im Hause. Herbst, Rostocker-
straße 27. 794
Korion - Arbeiterinnen verlangt
Reumann, Schallbergerstraße 23a.*
Im Arbeitsmarkt durch
Besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Tüchtige 58162*
Folgende und Mutterpreffer
werden sofort gesucht. Reife wird ver-
gütet. Offert erheben an Schrauben-,
Mutter- und Nietenfahrr., Aktiengos.
Schellmühl/Danzig.
Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Pianofabrik von
A. Gast & Co.
Frankfurter Allee 117a
ist wegen Lohnhöhen für alle
Branchen gesperret. 144/17*
Zugang streng fernzuhalten!
Fachvorin der Musikinstrumenten-
Arbeiter.
Berantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Böttcher's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.